

**: Perspektiven auf
Global Governance.
Die sef: 2017
Jahresbericht**



Impressum

Herausgeberin:
Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:)
Dechenstr. 2 | 53115 Bonn
Tel. 0228 | 9 59 25-10
Fax: 0228 | 9 59 25-99
E-Mail: sef@sef-bonn.org
Website: www.sef-bonn.org
Twitter: [@sefbonn](https://twitter.com/sefbonn)
Youtube: [sefbonn](https://www.youtube.com/sefbonn)

© Stiftung Entwicklung und Frieden 2017

Fotos: alle sef:

Texte und Redaktion: Rebekka Hannes, Larissa Neubauer, Dr. Michèle Roth

Design Basiskonzept: Pitch Black Graphic Design, Berlin/Rotterdam

Gestaltung: Gerhard Süß-Jung

Inhaltsverzeichnis

sef: 2017

Editorial	3
---------------------	---

sef: Themen

Programmbereich I: Normative Herausforderungen für Global Governance

Menschenrechte und die globale Wirtschaft. Ein ungleiches Machtverhältnis	5
Filterblasen durchbrechen. Politik inklusiv gestalten	8

Programmbereich II: Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung.

Regionale und lokale Umsetzung

Die SDGs vor Ort mit Leben füllen. Partnerschaften als Wegbereiter	9
Nachhaltigkeit auf Länderebene. Strategien, Indikatoren, Bildung und Dialog	12
Zukunftschancen für Afrikas Jugend. Die SDGs inklusiv umsetzen	14

Programmbereich III: Internationale Verantwortung in Krisen und Konflikten

Ausgrenzungen. Potenzial für gewaltsame Konflikte.	17
Perspektivwechsel. Europäische Krisen aus Sicht des Globalen Südens	20

sef: Finanzen

Finanzbericht	23
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2017	24
Bilanz zum 31.12.2017.	25

sef: Intern

sef: Vorstand	27
sef: Kuratorium.	27
sef: Beirat	28
sef: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	29
Kooperationspartner und Förderer	29
Veranstaltungen, Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit 2017	30

• sef: 2017

Editorial

„Globalisierung politisch gestalten“ – so lautet der Leitspruch der Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:). Aus einem hoffnungsfrohen Aufruf ist in jüngster Zeit ein schon fast verzweifelt wirkender Appell geworden. Es ist nicht unser Ansatz, über den Zustand der Welt zu lamentieren. Doch auch wir müssen feststellen, dass grundlegende ethische Werte national und international durch aktuelle politische Entscheidungen infrage gestellt werden. Die demonstrative Missachtung menschenrechtlicher Normen durch den Westen in der Flüchtlingsfrage beispielsweise führt schleichend zu einer Empathielosigkeit, bei der sich moralische Grenzen immer mehr verschieben.



Parlamentarisches Frühstück im NRW-Landtag 2017, Düsseldorf

Angesichts der fortschreitenden Selbstzerstörung der liberalen Weltordnung – soweit sie als „Welt“-ordnung überhaupt je existiert hat – fällt es schwer, die Hoffnung auf ein kooperatives und konstruktives Miteinander nicht zu verlieren. Auch die von einer Lösung weit entfernten Konflikte in Syrien, dem Jemen, im Südsudan oder in Myanmar und die trotz Klimaabkommen weiter steigenden Treibhausgas-Emissionen zeichnen ein düsteres Bild des Zustandes und der Leistungsfähigkeit von Global Governance. Der Aufschwung national orientierter politischer Gruppierungen, die kurzfristige eigene Interessen über das langfristige Gemeinwohl aller Menschen stellen, sind dabei sowohl Symptom als auch Beschleuniger einer misslungenen Globalisierung.

Sich in einem solchen Umfeld für Frieden und nachhaltige Entwicklung, für soziale Gerechtigkeit und den Respekt der Menschenwürde einzusetzen, ist ebenso herausfordernd wie wichtig. Unser zentrales Anliegen ist es, Menschen und Initiativen rund um den Globus aufzuspüren und miteinander in Dialog zu bringen, die genau dies tun. Dabei zeigte sich auch 2017, dass die Perspektiven auf die oben geschilderten Entwicklungen und die Analyse ihrer Ursachen unterschiedlich sind. So relativiert sich das Selbstbild Europas als krisengeschüttelter Kontinent beispielsweise aus asiatischer oder Nahost-Perspektive ebenso wie die Wahrnehmung Europas als Garant von Frieden und Menschenrechten. Die Sachverhalte sind komplex; jede Eindimensionalität wird der politischen Entwicklung nicht gerecht.

Offensichtlich ist jedoch, dass Ausgrenzungen auf globaler wie lokaler Ebene zur Entstehung und Verschärfung von Konflikten beitragen. Diese Erkenntnis zog sich durch unsere Projekte des Jahres 2017 durch. Was folgt daraus? In vielen afrikanischen Ländern engagiert sich eine wachsende Zahl junger Menschen mit teils unkonventionellen Methoden gegen ihren Ausschluss aus dem politischen Diskurs, wie sie bei den Potsdamer Frühjahrsgesprächen erläuterten. Die Folgen der Ausgrenzung ethnischer Gruppen zeigte der Berliner Sommerdialog ebenso auf wie Ansätze, mit ethnischer Diversität konstruktiv umzugehen. Dass Konflikte zwischen einzelnen Gruppen auch bei der Umsetzung der Agenda 2030 konstruktiv angegangen werden können und müssen, wurde beim Bonn Symposium deutlich.

Die sef: möchte mit ihrer Arbeit das Bewusstsein für globale Zusammenhänge schärfen und für unterschiedliche Sichtweisen sensibilisieren. Drei Neuerungen, die wir 2017 umgesetzt bzw. vorbereitet haben, sollen uns in diesem Anliegen weiter stärken. Erstens haben wir unter dem Titel „sef: insight“ eine neue Online-Publikationsreihe aufgelegt. In ihr veröffentlichen wir Interviews mit Expertinnen und Experten aus dem Globalen Süden zu unseren jährlichen Schwerpunktthemen. Zweitens war das Jahr 2017 geprägt von den Vorbereitungen auf den Neustart unserer GLOBALEN TRENDS als GLOBALE TRENDS. ANALYSEN. Neben einer veränderten Erscheinungsform liegt die wichtigste Neuerung im internationalen Herausgeberteam, das die Reihe gemeinschaftlich verantwortet. Damit stellen wir sicher, dass die unterschiedlichen Sichtweisen bereits bei der Auswahl der Themen und der Autorinnen und Autoren zum Tragen kommen. Schließlich haben wir 2017 gemeinsam mit unserem Stifterland Sachsen an einem neuen internationalen Veranstaltungsformat gearbeitet, dem „Dresdner Forum für Internationale Politik“. Erfolgreiche Premiere war im Februar 2018.

In der digitalisierten Welt verändern sich Kommunikationsgewohnheiten und -kanäle sehr schnell. Die für die eigenen Ziele geeigneten Instrumente zu wählen, ist eine wachsende Herausforderung. Jenseits der Projektarbeit befasste sich die sef: 2017 deshalb mit der Systematisierung und Professionalisierung ihrer Kommunikationsarbeit. Die im November 2017 verabschiedete Kommunikationsstrategie definiert Ziele und Instrumente; sie ist auch Ausgangspunkt für ein kontinuierliches Monitoring und eine stetige Weiterentwicklung der Außenkommunikation der sef:. Gerne können Sie uns mit Rückmeldungen dabei unterstützen.

Lesen Sie mehr über unsere Arbeit in diesem Jahresbericht. Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre!

Renate Hendricks
Vorsitzende des Vorstandes

Dr. Michèle Roth
Geschäftsführerin

: sef: Themen

Programmbereich I: Normative Herausforderungen für Global Governance

Menschenrechte und die globale Wirtschaft. Ein ungleiches Machtverhältnis

Über Jahrzehnte haben Staaten die wirtschaftliche Globalisierung durch entsprechende internationale Rahmenbedingungen – insbesondere durch die Liberalisierung der Handelsbeziehungen – ermöglicht und befördert. Die Auswirkungen dieser Entwicklung auf die Menschenrechte fanden lange Zeit kaum Beachtung. Seit Ende der 1990er Jahre haben jedoch die Bemühungen, globale Regeln für den Bereich Wirtschaft und Menschenrechte festzulegen, zugenommen. Doch trotz der neuen, meist freiwilligen Verpflichtungen bleibt der Schutz der Menschenrechte vor Verletzungen durch die Wirtschaft in der Praxis unzureichend.



International sef: Expert Workshop 2017, Bonn

Wo liegen die Ursachen hierfür? Welche Rolle spielen die ungleichen Machtverhältnisse zwischen Staaten, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft? Wie können sie verändert werden? Internationale Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft diskutierten diese Fragen während des Internationalen sef: Experten-Workshops im September 2017 in Bonn.

Von Privatakteuren zu Pflichtenträgern

Im traditionellen Völkerrecht spielen Unternehmen als private Akteure eine begrenzte Rolle; sie gelten nicht als Pflichtenträger. Doch durch ihre wachsende Bedeutung hat die Tatsache, dass transnational agierende Unternehmen Menschenrechte verletzen, weltweit an Aufmerksamkeit gewonnen. Denn die Einnahmen vieler globaler Unternehmen übersteigen das Bruttonationalprodukt von Staaten wie Malaysia, Nigeria oder Schweden. Ihre Wirtschaftsmacht übersetzt sich auch in politische Macht. Und mit der Macht, so die Auffassung der in Bonn versammelten Expertinnen und Experten, wächst auch die Verantwortung. Unternehmen sollten deshalb im interna-

tionalen Menschenrechtsrahmen als Pflichtenträger behandelt werden.

Umstritten ist allerdings die Frage, inwieweit Unternehmen im Gegenzug auch an der Rechtssetzung beteiligt werden sollten. Konsultation ja, so die gängige Auffassung beim Expertenworkshop. Aber ein Kapern von Regulierungsprozessen sollte unbedingt unterbunden werden. Wie kann dies verhindert werden? Eine Antwort lautete, dass eine stärkere Festlegung der Prozesse im Rahmen von Multi-Stakeholder-Regulierung dazu beitragen könnte, die Machtverhältnisse auszugleichen. Bei offenen und transparenten Prozessen falle es den Unternehmen schwerer, Politik durch die Beschäftigung teurer Anwälte zu beeinflussen.

Handelsbeziehungen sind ungleich gestaltet

Gerade im Bereich von Handel und Investitionen zeigt sich, dass eine kleine Zahl global agierender Unternehmen durch die fortschreitende Marktkonzentration enorme Machtfülle erworben hat. Parallel dazu hat weltweit auch die Ungleichheit innerhalb von Staaten zugenommen, während die Ungleichheit zwischen Staaten auf hohem Niveau verharrt.

Ungleichheit spiele eine große Rolle bei der Formulierung von Handelsabkommen, betonte eine Expertin. Diese Abkommen würden dominiert von großen Unternehmen und reichen Ländern. Schlüsselthemen für viele Menschen in Entwicklungsländern, z.B. die Interessen der Landwirte, würden nicht berücksichtigt. Neue Aspekte, die stattdessen in diese Abkommen aufgenommen würden, seien z.B. die Liberalisierung des Dienstleistungssektors, intellektuelle Eigentumsrechte oder die öffentliche Vergabe. Auch der elektronische Handel spiele eine zunehmende Rolle, vorangetrieben durch Akteure wie Amazon oder Alibaba.

Langfristig würden die Armen am meisten verlieren, weil diese neuen Instrumente und Regeln so gestaltet werden, dass sie den ohnehin mächtigen Staaten und Unternehmen dienen. Unfaire globale Strukturen interagieren somit mit Ungleichheit vor Ort. Niedrige Löhne in der Textilindustrie sind ein Beispiel dafür.

Was verstärkt Ungleichheiten?

Die verschiedenen Formen von Ungleichheit sind – ähnlich wie Umweltzerstörung – letztlich auch eine zentrale Herausforderung für Unternehmen. Dennoch befördert das gegenwärtige Wirtschaftssystem Ungleichheit und dadurch bedingte Menschen-

rechtsverletzungen weiterhin. Drei Faktoren tragen entscheidend dazu bei, wie ein Redner erläuterte:

1. **Shareholder Value:** Der Wandel hin zum Prinzip der Maximierung des Shareholder Value befördert das Fehlverhalten von Unternehmen. Es zählt nur noch der billigste Preis in kürzester Zeit. Negative Konsequenzen werden an das Ende der Produktionsschiene verlagert.
2. **Wachsende Scheu staatlicher Regulierer:** Regierungen schaffen keine Anreize für Unternehmen, die Menschenrechte zu respektieren. Stattdessen fragen sie die Unternehmen, ob und welche Art von Regulierung sie gerne hätten.
3. **Straflosigkeit:** Das Rechtssystem versagt für die meisten Menschen, deren Rechte verletzt worden sind; sie haben meist keinen Zugang zu Wiedergutmachung.



International sef: Expert Workshop 2017, Bonn

Allerdings zeigte der Workshop auch Entwicklungen auf, die Anlass zu Hoffnung geben. So verändern führende Unternehmen ihr Verhalten hin zu mehr Nachhaltigkeit. Doch bedürfe es einer größeren Zahl solcher Unternehmen, die sich für Regulierungen aussprechen und die Menschenrechte respektieren, forderte ein Experte. Erforderlich seien Regulierungen, die alle auf das Niveau der Top-Performer bringen – und nicht Regulierungen, die die Top-Performer auf den kleinsten gemeinsamen Nenner herunterziehen. Wichtig sei es zudem, das Bewusstsein für das Thema durch internes Training auf allen Ebenen eines Unternehmens zu schärfen. Das sei ein dauerhafter Prozess, der nur wirksam sei, wenn er von der Unternehmensspitze unterstützt werde. Die Mentalität innerhalb von Unternehmen müsse sich verändern: Der Fokus müsse sich verschieben von dem, was ein Risiko für das Unternehmen ist, zu dem, was ein Risiko für den Träger von Menschenrechten ist, das wiederum zu einem Risiko für das Unternehmen werden könnte.

Auch Staaten verletzen Menschenrechte

Welche Rolle kommt dabei den Staaten zu? Viele Staaten des Globalen Südens verletzen häufig selbst Menschenrechte, erläuterte ein Redner. Aus diesem Grund würden sich diese Staaten auch nicht für extraterritoriale Pflichten zum Schutz der Menschenrechte aussprechen. Aber auch die Staaten des Globalen Nordens respektierten in ihrer Außenpolitik Menschenrechte oft nicht. Der Eindruck entstehe, dass die nördlichen Länder sich nur bei unverbindlichen Vereinbarungen wie den SDGs für Menschenrechte einsetzten. In den verbindlichen Handels- und Investitionsabkommen fehlten bislang Bestimmungen zur Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen.

Was tun?

Menschenrechtliche Folgeabschätzungen (*impact assessments*) in Handelsverträge integrieren, lautete eine Forderung mehrerer Expertinnen und Experten. Zudem seien flexible Regeln im Hinblick auf das Recht auf Entwicklung notwendig. Diese sollten den Staaten ermöglichen, Politiken umzusetzen, die besonders verletzlichen Bevölkerungsgruppen zugutekommen. Zum Beispiel könnten weibliche Produzentinnen bevorzugt behandelt werden. Der Nutzen von *impact assessments* ist allerdings umstritten. Diese seien unglaublich komplex und schwierig, argumentierte ein Redner. Notwendig seien neue Ansätze, z.B. Assessments durch Gewerkschaften durchzuführen statt durch Unternehmen oder Staaten. Folgeabschätzungen könnten auch genutzt werden um sicherzustellen, dass Handelsabkommen als solche keine Bestimmungen enthalten, die Menschenrechte gefährden könnten. Auch internationale Arbeitsinspektionen könnten ein neuer Ansatz sein. Muster könnte das Europäische Abkommen zur Verhütung von Folter sein, das seine Unterzeichner verpflicht-

„Im Bereich der Handels- und Investitionspolitik können wir weltweit feststellen, dass diese durch Ungleichheit vorangetrieben wird. Sie beutet die Schwächeren aus. Frauen, die wirtschaftlich, politisch und sozial schwächer, stärker verwundbar und marginalisiert sind, müssen zu oft eine unverhältnismäßig hohe Last der sogenannten Liberalisierung von Handel und Investitionen tragen.“



Ranja Sengupta, Senior Researcher beim Third World Network (TWN), New Delhi

Lesen Sie das vollständige Interview in der **sef: insight 5|2017** mit dem Titel **“Women are losing out” – Interview with Ranja Sengupta on the effects of trade and investment liberalization**. Das Interview ist auch als Video verfügbar.

tet, ihre Gefängnisse jederzeit für unangekündigte Inspektionen zu öffnen.

Auch in der Schiedsgerichtsbarkeit bei Investitionsabkommen gewinnen Menschenrechte zurzeit an Relevanz. Da die meisten Investitionsabkommen Referenzen zu anderen Rechtsdokumenten enthalten, müssen sie in einem weiteren rechtlichen Kontext interpretiert werden. Auf diesem Weg haben



Policy Lunch 2017, Brüssel

Menschenrechte Einzug in die Schiedsgerichtsbarkeit zu Investitionen gehalten, z.B. im Hinblick auf das Recht auf Wasser oder die Pflicht eines Staates, die Gesundheit seiner Bevölkerung zu schützen. In Einzelfällen wurden Investitionsverträge bereits gezielt genutzt, um Menschenrechtsverletzungen zu verfolgen, wie ein Experte berichtete.

Auf dem Weg zu einem Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten?

Ein mögliches rechtsverbindliches UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten war beim Expertenworkshop ein durchgängiges Thema. In der Vergangenheit lag der Fokus der Vereinten Nationen auf freiwilliger Regulierung. Der Global Compact und die UN Guiding Principles on Business and Human Rights sind die wichtigsten Ergebnisse dieser Bemühungen. Da die Fortschritte in der Praxis unbefriedigend sind, wird im UN-Menschenrechtsrat gegenwärtig ein rechtsverbindliches Abkommen verhandelt. Ein erster Entwurf wurde im Oktober 2017 vorgelegt.

Reichweite, Inhalte und Nutzen eines derartigen Instruments werden kontrovers diskutiert. Gegner argumentieren, dass durch ein solches Abkommen die freiwilligen Vereinbarungen entwertet würden. Ein Experte wies jedoch darauf hin, dass die Umsetzung dieser Vereinbarungen durch den Druck eines möglichen bindenden Abkommens bereits spürbar zugenommen hat. Freiwillige Vereinbarungen könnten Teil der Lösung sein, solange sie nicht

als die Lösung insgesamt betrachtet werden. Andere kritisierten, dass bei einem Fokus auf transnationale Unternehmen 80% der globalen Arbeiterschaft nicht mit berücksichtigt werden. Auch die Verschiebung der Verantwortung vom Staat hin zu den Unternehmen gab Anlass zur Kritik.

Wie positioniert sich Europa?

Welche Position vertritt die Europäische Union in den Verhandlungen? Das war Thema eines sef: Policy Lunches im November 2017 in Brüssel. Sehr deutlich offenbarten sich dabei die unterschiedlichen Auffassungen im Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission. Während sich ersteres klar für ein rechtsverbindliches Dokument ausgesprochen hat, zeigt sich die Kommission in den Verhandlungen skeptisch. Sie fokussiert v.a. auf das Thema der Reichweite und insistiert, dass ein Vertrag alle Unternehmen einschließen sollte – und nicht nur transnationale. Dieses Argument wurde von einer Abgeordneten des Europäischen Parlaments als Strategie tituliert, um die Verhandlungen zu blockieren. Die Staatengemeinschaft ist gespalten. Auf der einen Seite stehen Staaten, die unter den Handlungen transnationaler Unternehmen zu leiden haben und deshalb für ein Abkommen plädieren. Ihnen gegenüber stehen diejenigen, von deren Territorium aus diese Unternehmen agieren und die sich gegen einen verbindlichen Rechtsrahmen aussprechen. Ein Abkommen böte die Chance, die Globalisierung neu und fairer zu gestalten, so die überwiegende Auffassung beim Expertenworkshop. Es sollte deshalb nicht geostrategisch, sondern als Menschenrechtsthema betrachtet werden.

„Ein hohes Maß an staatlichen Schulden wirkt sich negativ auf die Verwirklichung der Menschenrechte aus. Konkret heißt dies, dass Staaten mit einer sehr hohen Verschuldung ihre knappen nationalen Ressourcen von grundlegenden sozialen Investitionen weg hin zur Bedienung ihrer Schulden verlagern müssen.“



Professor Cephias Lumina, ehemaliger UN Independent Expert on Foreign Debt and Human Rights, East London

Lesen Sie das vollständige Interview in der **sef: insight 6|2017** mit dem Titel **“More advocacy work needed” – Interview with Cephias Lumina on the Guiding Principles on Foreign Debt and Human Rights**. Das Interview ist auch als Video verfügbar.

Filterblasen durchbrechen. Politik inklusiv gestalten

Die fortschreitende Digitalisierung wirkt sich auf alle Lebensbereiche aus. Auch die politische Meinungsbildung verlagert sich weltweit zunehmend in die sozialen Medien. Verstärkt sich dadurch die Tendenz, dass sich die Menschen nur noch im eigenen politischen Resonanzraum bewegen? Wird die öffentliche Meinung durch Algorithmen und Filterblasen bestimmt? Was sind die Folgen? Und wie können Filterblasen durchbrochen und Dialoge über das eigene politische Spektrum hinaus ermöglicht werden?

Kontroverse Antworten auf diese Fragen gaben Dr. Andreas Jungherr, Juniorprofessor an der Universität Konstanz, und der Journalist Frederik Fischer, Gründer von piqd.de, auf Einladung der sef: im Rahmen des Deutsche Welle Global Media Forums am 19. Juni 2017. „Filterblasen sind nicht so bedeutsam wie alle denken“, konstatierte Prof. Jungherr gleich zu Beginn: „Sie polarisieren nicht stärker als andere Resonanzräume.“



Global Media Forum 2017, Bonn

Eine Frage der Bildung – und der Politik

Wer politische Informationen im Internet v.a. zur Unterhaltung konsumiert, sucht nicht unbedingt nach unterschiedlichen Positionen. „Sich für Informationen zu interessieren, die man nicht im täglichen Leben benötigt, erfordert ein hohes Maß an Bildung“, so Junghans. Das führe aber nicht automatisch zu einer politischen Polarisierung in der digitalen Welt. Diskussionen in der realen Welt mit Freunden, die demselben politischen Spektrum angehören, würden viel eher dazu beitragen, abweichende Meinungen abzuwehren, so seine These. Filterblasen würden nur deshalb so viel Aufmerksamkeit bekommen, weil wir die Logik und Folgen der Online-Kommunikation noch nicht ausreichend verstehen. Er kritisierte den Ansatz der Politik, durch eine stärkere Regulierung von Facebook, Google etc. vermeintlich wieder die Kontrolle über die politische Debatte zu-

rückzugewinnen. Stattdessen müssten Politikerinnen und Politiker über ihre eigene Agenda nachdenken. Politik für bestimmte Gruppen erzeuge Spannungen zwischen Gruppen. Diese Spannungen würden dann in den sozialen Medien aufgegriffen und befeuert; sie würden aber nicht durch diese kreiert. „Es ist leicht für Politik und Medien, die Schuld auf Algorithmen zu schieben“, schloss Junghans.

Weckruf für Journalistinnen und Journalisten

Der Journalist Frederik Fischer vertrat eine andere Position zu Filterblasen in sozialen Medien. Soziale Medien würden Menschen miteinander verbinden, die sich bislang von der politischen Diskussion ausgeschlossen fühlten. In den sozialen Medien würden sie Gleichgesinnte finden, egal wie randständig ihre Positionen sind. Das gelte besonders für Menschen auf dem Land, wo lokale Medien nach wie vor über ein Informationsmonopol verfügten. Hier habe das Internet den Zugang zu Informationen deutlich verändert. Trump, Brexit und der Aufstieg populistischer Bewegungen weltweit seien ein Weckruf für Journalistinnen und Journalisten gewesen. „Manche von uns haben realisiert, dass wir lange in unseren eigenen Filterblasen gefangen waren“, so Fischer. Daraus sei ein neuer Trend entstanden, den Fischer „Perspektiven als Service“ nannte. Er selbst ist Gründer eines solchen Services. Bei piqd.de und piqd.com empfehlen Kuratorinnen und Kuratoren wöchentlich einen inspirierenden journalistischen Beitrag. Die Idee dazu hatte Fischer während seines Studiums, als er und seine internationalen Kommilitoninnen und Kommilitonen sich gegenseitig Leitbeiträge aus ihren jeweiligen Ländern empfahlen. So lasen sie Beiträge, die sie sonst nie gesehen hätten und die sehr unterschiedliche Perspektiven zu ein und demselben Thema präsentierten.

Initiativen, bewusst andere Sichtweisen zu präsentieren, fanden in der Diskussion mit Journalistinnen und Journalisten aus aller Welt während des Global Media Forums große Zustimmung. Viele Debatten würden heute nur noch online geführt, warf ein Redakteur aus Bulgarien ein. Es sei die Aufgabe der Medien, in die Tiefe zu gehen und die Meinungen in die reale Welt zu transportieren.

Programmbereich II: Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Regionale und lokale Umsetzung

Die SDGs vor Ort mit Leben füllen. Partnerschaften als Wegbereiter

Nachhaltige Entwicklung kann nur gelingen, wenn alle mit vereinten Kräften darauf hinarbeiten. Dass es dazu notwendig ist, neue und manchmal ungewöhnliche Bündnisse einzugehen, eine andere Sprache zu finden und jungen Menschen mehr zu zutrauen,



Bonn Symposium 2017

waren zentrale Erkenntnisse der Veranstaltungen der sef: zur Umsetzung der Agenda 2030 auf der regionalen und lokalen Ebene.

In Städten und Gemeinden engagieren sich bereits viele Menschen für mehr Nachhaltigkeit im Sinne der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs). Und das, obwohl viele die Agenda 2030 der Vereinten Nationen (UN) als solche gar nicht kennen. Den meisten Engagierten geht es um pragmatische Ziele: den Verkehr verringern, Energie sparen oder weniger Müll produzieren. Lokale Partnerschaften, die diese Ziele gemeinsam umsetzen, standen im Zentrum des Bonn Symposiums 2017. Die Veranstaltung fand bereits zum fünften Mal in Kooperation mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) der Engagement Global gGmbH, dem Land Nordrhein-Westfalen und weiteren Unterstützern statt. Rund 130 Vertreterinnen und Vertreter von Kommunen, Städtenetzwerken, internationalen Organisationen sowie aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft aus verschiedenen Weltregionen nahmen an der Veranstaltung teil.

Kommunen: Orte der Kooperation und Innovation

Gerade in Kommunen, Städten und Regionen stellen sich konkrete Herausforderungen, die dringend angegangen werden müssen. Professorin Gesine Schwan, Präsidentin der Humboldt-Viadrina

Governance Plattform und Eröffnungsrednerin des Symposiums, machte deutlich, dass die SDGs auf lokaler Ebene nur im Zusammenwirken von Politik, Unternehmen und organisierter Zivilgesellschaft erreicht werden können. Dass man gemeinsam mehr schaffen kann, werde besonders deutlich in den Politikfeldern Energie, Klima, Mobilität oder Integration. Diese Themen werden auf lokaler Ebene mit Leben gefüllt. Für Mariam Yunusa, ehemalige Direktorin Partner und Inter-Agency Koordination bei UN-Habitat sowie des World Urban Forums, sind dabei Partnerschaften wichtige Wegbereiter: „Sie bringen frische Ideen, Würze und Wettbewerb in die Politik“, lobte sie.

Dass gesellschaftlicher Fortschritt nicht immer harmonisch beschlossen wird, sondern oft auch erkämpft werden muss, verdeutlichte Martin Herrndorf vom Colabor | Raum für Nachhaltigkeit aus Köln: „Wir sind uns alle einig, dass die SDGs wichtige Ziele sind. Aber in Kommunen stehen jeden Tag Autofahrer Fahrradfahrern gegenüber. Die Turnhalle soll nicht für Flüchtlinge umgewidmet werden. Jeder möchte zunächst einmal seine eigenen Ziele durchsetzen“, rief er ins Gedächtnis. Deshalb seien in Städten nicht nur die konkreten Bedürfnisse der Menschen, sondern auch die dadurch entstehenden Zielkonflikte spürbar. Diese müssten ausgehandelt werden.

Riechen, schmecken, Silos überwinden

Während des Bonn Symposiums zeigten zahlreiche Partnerschaften aus verschiedenen Weltregionen, wie das gelingen kann. In Köln gibt es seit eini-

„Städte verbinden die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – die wirtschaftliche, die umweltbezogene und die soziale. Eine nachhaltige Stadt muss alle SDGs verankern. Lokale Partnerschaften sind dabei ein Schlüsselement. Ohne diese würden die SDGs das Leben der Bürgerinnen und Bürger in den Städten nicht erreichen.“



Mariam Yunusa, ehemalige Direktorin des World Urban Forum, Abuja

Lesen Sie das vollständige Interview in der sef: insight 7|2017 mit dem Titel **“Local partnerships are key!” – Interview with Mariam Yunusa on the importance of SDG localisation**. Das Interview ist auch als Video verfügbar.

gen Jahren den „Tag des guten Lebens“. Hier wird gekocht, gegärtnert und Yoga gemacht. Die Straßen sind gesperrt, eine Bushaltestelle wird in ein Wohnzimmer umfunktioniert. Menschen allen Alters reden darüber, wie sie den öffentlichen Raum gerne gestalten würden. Die Idee dahinter: Die Menschen sollen riechen, schmecken und fühlen, wie es sich in einer nachhaltigen Stadt leben würde.

Die norwegische Gemeinde New Asker nutzt die SDGs für eine strukturelle Neuerung. Bei der Zusammenlegung von drei Kommunen im Zuge einer Gebietsreform dienen die SDGs als übergreifender Rahmen für alle Planungen; sie verzahnen den Gemeindeentwicklungsplan mit der regionalen und nationalen Entwicklungsstrategie. Stine-Lise Hattestad Bratsberg von Pure Consulting in Oslo erklärt ihren Ansatz so: „Für New Asker muss alles von Grund auf neu geplant werden. Warum nicht direkt die SDGs dazu nutzen? Sie helfen dabei, das Denken in Silos zu überwinden.“

In der MetropolRegion Nürnberg, die aus 34 Gemeinden besteht, haben Politik und Zivilgesellschaft gemeinsam mit Partnern aus der Industrie einen Klimapakt erarbeitet. Für Dr. Peter Pluschke, Referent für Umwelt und Gesundheit der Stadt Nürnberg, ist klar, dass gerade in der Energiepolitik Fortschritte nur gemeinsam erzielt werden können: „Ein groß angelegtes dezentrales Energieversorgungssystem kann nur durch Kooperation mehrerer Kommunen gelingen“, so sein Resümee.

In Südafrika hat Tasneem Essop im Jahr 2016 die Energy Democracy Initiative gegründet. Ihr Ziel: Menschen in Gemeinden mit dem notwendigen Knowhow ausstatten, um langfristig dezentrale regenerative Energieversorgungssysteme zu etablieren. In vier Pilotgemeinden werden sogenannte „Energy Democracy Champions“ ausgebildet. In drei

Projektphasen entwickeln sie zusammen mit ihren Gemeinden die für sie passenden regenerativen Energiesysteme. Dabei sollen die Gemeinden selbst



Prof. Dr. Gesine Schwan

entscheiden, welche Partner ihnen die notwendige Unterstützung geben können.

In Solingen wurde die Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft erarbeitet. In Somalia setzt sich Abdihakim Ainte mit seinem Technologie- und Innovationszentrum iRise Hub dafür ein, dass auch normale Menschen an den – häufig von Eliten geführten – Diskussionen zu nachhaltiger Entwicklung teilhaben können. Und in Utrecht organisiert die Zivilgesellschaft eine komplette Kampagne, um die SDGs bekannter zu machen: Utrecht 4 Global Goals.

Von formalen Städtepartnerschaften zu loser Kooperation

Auch Partnerschaften zwischen Städten können eine wichtige Rolle im Wandel hin zu mehr Nachhaltigkeit spielen. Die Stadt Leipzig integriert z.B. die SDGs sukzessive in ihre bestehenden 14 formalen Städtepartnerschaften. Bei neuen Partnerschaften werden die Themen von Anfang an mitbedacht. „Jede Städtepartnerschaft hat ihre eigene Spezifik“, berichtete Dr. Gabriele Goldfuß, Referatsleiterin Internationale Zusammenarbeit der Stadt Leipzig. Die Themenfülle und Querverbindungen der Agenda 2030 böten jedoch viele Chancen: Früher seien z.B. Kulturpartnerschaften von der Wirtschaftsförderung der Stadt belächelt worden. Heute gebe es viel mehr Offenheit dafür, wie internationale Themen Leben in die Stadt bringen können.

Die Stadt Utrecht geht einen anderen Weg: Sie hat keine formale Städtepartnerschaft. Stattdessen

„iRise ist Somalias erster Innovations- und Technologiehub. Wir bringen Techniker und Unternehmer mit Bürgerinnen und Bürgern zusammen, um unkonventionell zu denken. Wir haben festgestellt, dass die SDGs größtenteils von einer kleinen elitären Gruppe vorangetrieben werden. Deshalb versuchen wir, die SDGs für die einfachen Menschen so zugänglich wie möglich zu machen.“



Abdihakim Ainte, Gründer von iRise Hub, Mogadischu

Lesen Sie das vollständige Interview in der sef: insight 9|2017 mit dem Titel **“We need to make the SDGs more accessible” – Interview with Abdihakim Ainte on creative solutions for local SDG implementation in Somalia**. Das Interview ist auch als Video verfügbar.

kooperiert sie mit zahlreichen Städten zu verschiedenen Themen. „Auch diese Kooperationen können über Jahrzehnte andauern“, erläuterte Desiree van de Ven. Mit Stuttgart ist Utrecht z.B. im Austausch über Erneuerungs- und Partizipationsprozesse. Mit León in Nicaragua bestand 32 Jahre lang eine Kooperation. Aktuell unterstützt Utrecht den Aufbau lokaler Strukturen in Uganda: Die Universität hat sich dem Projekt angeschlossen, lokale Firmen wirken ebenfalls mit. So entsteht langsam ein Netzwerk lokaler Akteure, von dem beide Seiten profitieren.

Städtenetzwerke, Austausch, Lobbyarbeit und Wissenstransfer

Viele Städte nutzen auch die Arbeit internationaler Städtenetzwerke, um Nachhaltigkeit in verschiedenen Politikfeldern voranzubringen. ICLEI – Local Governments for Sustainability arbeitet z.B. mit den Städten, die im jeweiligen Politikfeld zu den Spitzenreitern zählen. Das Städtenetzwerk Platforma verbindet Städte und Regionen in Europa, die ein Interesse an internationaler Entwicklung haben, und vertritt diese gegenüber europäischen Institutionen. Zudem systematisiert Platforma Erfahrungen in Publikationen und Studien, organisiert Konferenzen und gibt Hilfestellung bei der Anbahnung von Partnerschaften. Platforma setzt sich außerdem dafür ein, dass die nationalen Städte und Gemeindeverbände in die Formulierung nationaler Nachhaltigkeitsstrategien einbezogen werden.

Einen weiteren Ansatz verfolgt das South African Cities Network, das aus acht südafrikanischen Städten verschiedener Größe besteht. Es forscht u.a. dazu, wie sich Städte zu den SDGs positionieren können. Alle fünf Jahre gibt das Netzwerk den South African Cities Report heraus. Der Bericht bricht globale Abkommen und Ziele auf die lokale Ebene herunter. „Es gibt so viele verschiedene Strategien. Jemand muss den Städten übersetzen, was sie konkret für sie bedeuten“, erläuterte Stacey-Leigh Joseph vom South African Cities Network.

Neben all dem geben Städtenetzwerke ihren Mitgliedern die Möglichkeit, ihren Interessen auf internationaler Ebene Gehör zu verschaffen. Dies hob auch Ashok-Alexander Sridharan, Oberbürgermeister der Stadt Bonn, hervor. Während der UN-Klimakonferenz, die im November 2017 in Bonn stattfand, erreichten Städte und Kommunen durch eine eigene Bürgermeisterkonferenz, die von ICLEI organisiert wurde, besondere Aufmerksamkeit. Mehr als 1.000 Delegierte nahmen teil, davon 330 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus aller Welt. „Nach dem Ausstieg der USA aus dem Pariser Abkommen war es besonders wichtig, dass so viele Bürgermeisterinnen, Bürgermeister und Gouverneure aus den USA da waren. Sie sagen ‚es ist uns egal, was das Weiße Haus macht. Wir kämpfen weiter für das Zwei-Grad-Ziel‘“, berichtete Sridharan.



Mariam Yunusa

Wie gelingt die Transformation?

Trotz der vielen innovativen Ansätze aus verschiedenen Weltregionen blieb eine große Frage am Ende unbeantwortet: Wie gelingt es, gute Projekte und beispielhafte Partnerschaften innerhalb von und zwischen Städten zu einer grundlegenden Politikänderung zu verdichten? Wie kann eine umfassende urbane Transformation gelingen? Diese Fragen werden die sef: auch im Jahr 2018 weiter beschäftigen.

„Alle Herausforderungen, denen wir gegenüber stehen – Armut, Ungleichheit, Klimawandel – sind miteinander verbunden. Die riesige Transformation, die wir durchleben werden, bedarf eines großangelegten Engagements der Bürgerinnen und Bürger. Deshalb geht die Energy Democracy Initiative davon aus, dass Menschen Macht haben und sie zu den Entscheidungen, die ihr Leben betreffen, beitragen sollten.“



Tasneem Essop, Gründungsdirektorin der Energy Democracy Initiative South Africa, Johannesburg

Lesen Sie das vollständige Interview in der sef: insight 8|2017 mit dem Titel **“Energy is fundamentally political” – Interview with Tasneem Essop on the development of decentralised renewable energy systems**. Das Interview ist auch als Video verfügbar.

Nachhaltigkeit auf Länderebene. Strategien, Indikatoren, Bildung und Dialog

Auch auf der Ebene der Bundesländer dreht sich vieles um die Umsetzung der Agenda 2030. Fast alle Bundesländer haben in den letzten Jahren eine Nachhaltigkeitsstrategie, entwicklungspolitische Leitlinien, eine Internationalisierungsstrategie oder vergleichbare Dokumente verabschiedet. Ist es tatsächlich gelungen, Nachhaltigkeit in der Landespolitik zu verankern? Wie können angestoßene Veränderungen gemessen werden? Wie können globale Zusammenhänge und die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) für die Menschen greifbar und erlebbar gemacht werden? Für den Länderworkshop für nachhaltige Entwicklung brachte die sef: 2017 über 30 Teilnehmende aus insgesamt sieben Administrationen der Bundesländer sowie aus Bundesministerien, Landtagen und zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen, um über bestehende Ansätze und innovative Projekte zu diskutieren.

Nachhaltigkeitsstrategien als Steuerungsinstrumente

Im Fokus standen zunächst die Nachhaltigkeitsstrategien der Bundesländer. Jan Tiessen, Senior-Projektleiter der Prognos AG, analysierte deren Funktion. Sie sollen nicht nur Handlungsbedarfe feststellen



sef: Länderworkshop für nachhaltige Entwicklung 2017, Eberswalde

und Ziele festlegen. Sie sollen auch Prozesse steuern und strukturieren. Andere Ministerien müssen von den Inhalten und Zielen überzeugt werden – im Idealfall über die aktuelle Legislaturperiode hinaus und über Parteigrenzen hinweg. Für Tiessen ist dafür sowohl eine interministerielle Abstimmung auf Arbeitsebene als auch ein hochrangiges Abstimmungsgremium unterhalb der Kabinettssebene erforderlich.

In der Praxis stellt sich dies schwierig dar. In den meisten Ländern sind die Nachhaltigkeitsstrategien an das Umweltministerium angedockt. Viele relevante Politikfelder liegen damit außerhalb des Einflusses

des steuernden Ministeriums. Andreas Trautvetter, Mitglied des Beirates zur Nachhaltigen Entwicklung in Thüringen, berichtete von den Erfahrungen in seinem Bundesland. Auch dort ist das Umweltministerium für die Nachhaltigkeitsstrategie zuständig. Doch das Finanz- und das Justizministerium hätten die Möglichkeit, bei Kabinettsentscheidungen ein Veto einzulegen. „Das Thema Nachhaltigkeit stattet niemand mit einem Veto aus“, kritisierte Trautvetter. „Es gibt einen immensen Nachholbedarf, das Thema ressortübergreifend zu verorten“, so sein Fazit.

Tiessen warnte gleichzeitig vor zu viel Optimismus. Nur wer einen Gewinn für sein Ministerium erzielen könne, lasse sich an Bord holen. Die Aufteilung in Ressorts müsse dafür nicht zwangsläufig aufgebrochen werden. „Verkehrspolitiker dürfen Verkehrspolitiker bleiben“, so Tiessen. Fachpolitiker würden weiterhin gebraucht. Wichtig sei es, gemeinsame Zielvorstellungen zu entwickeln.

Wie sinnvoll sind Indikatoren?

Auch das Messen von Fortschritten in Sachen Nachhaltigkeit beschäftigt die Bundesländer. Kerstin Wichmann vom Statistischen Bundesamt machte die Herausforderungen deutlich: nicht alle der 17 SDGs mit ihren 169 Unterzielen könnten auf die nationale oder die Länderebene heruntergebrochen werden. Wichmann schätzte außerdem, dass auch nur etwa die Hälfte der Indikatoren der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie regionalisiert werden könne. Viele für die Länder wichtige Indikatoren seien wiederum auf Bundesebene nicht vorhanden. Besonders schwierig ist es, die internationale Dimension von nachhaltiger Entwicklung abzubilden. Daten zur Entwicklungszusammenarbeit der Länder sind wenig aussagekräftig, und die Auswirkungen der Landespolitik auf andere Weltregionen sind kaum erfassbar.

Manfred Lehle, stellvertretender Referatsleiter in der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW), berichtete beim Länderworkshop über die Herausforderung, Indikatoren für die Landes- und kommunale Ebene zu entwickeln. So gibt es in Baden-Württemberg viele Kommunen mit weniger als 5000 Einwohnern. Dort sei es schwierig, spezifisch für die kommunale Ebene entwickelte Indikatoren zu erheben. Für ein breiteres Bild habe das Land in seine Berichterstattung subjektive Indikatoren aufgenommen, z.B. Sorgen bzw. Anliegen zum Umweltschutz, die durch Umfragen erhoben werden.

„Nachhaltigkeitsstrategien sind Erwachsenenbildung“

Frank Hönerbach rief in diesem Zusammenhang dazu auf, die Inhalte von Nachhaltigkeitspolitik

Global Governance Spotlight 2|2017

Indikatoren für Städte. Die SDGs vor Ort umsetzen

Jacqueline M. Klopp



Mit Ziel 11 gibt es in der Agenda 2030 ein eigenes Ziel zu nachhaltiger Stadtentwicklung. Städte und Gemeinden sollen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig werden. Doch auf welcher Grundlage können Städte eigene Fortschritte messen? Jacqueline M. Klopp informiert über die Entwicklung von Indikatoren auf internationaler Ebene und gibt Empfehlungen, wie Städte daran mitwirken und selbst Daten erheben können.

nicht aus den Augen zu verlieren: „Viele Diskussionen kreisen um Indikatoren, dabei sollten die politischen Ziele im Mittelpunkt stehen.“ Peter Ligner von RENN.mitte stimmte zu: „Über Indikatoren muss politisch diskutiert werden. Sonst werden sie nicht ernst genommen.“ Für Jan Tiessen sind Nachhaltigkeitsstrategien deshalb auch ein wichtiger Teil der Öffentlichkeitsarbeit eines Landes. Bewusstseinsbildung ist wichtig. Dabei gilt zu allererst, das Ausmaß der Agenda 2030 deutlich zu machen. Ihr Ziel ist „die Transformation unserer Welt“. Die Bedeutung dieses Anspruchs für das Leben jedes Menschen müsse erleb- und erfahrbar gemacht werden, so Tiessen.

Nicht nur zu den Bekehrten predigen

Dies hat sich u.a. das Projekt „Gemeinsam für Nachhaltigkeit“ in Nordrhein-Westfalen zum Ziel gesetzt, von dem Thomas Kubendorff, Landrat a.D. und Nachhaltigkeitsbotschafter der LAG 21 NRW, berichtete. Das Projekt ist explizit dezentral aus- und an Menschen gerichtet, die bislang noch nichts mit den SDGs zu tun hatten. Zielgruppen sind vor allem Kirchen und Sozialverbände, die als Multiplikatoren wirken.

Auch Engagement Global setzt mit dem Nachhaltigkeitscamp Bonn auf ein außergewöhnliches Format. Wie bei einem Barcamp üblich, bringen die Teilnehmenden ihre eigenen Themen mit. Alle Ideen werden gesammelt, anschließend wird abgestimmt. 2017 kamen 34 Workshops mit 160 Teilnehmenden zusammen. Wie klein kann mein ökologischer Fußabdruck werden? Gibt es ein Recht auf eine nachhaltige Stadt? Gibt es einen Business Case für Nachhaltigkeit? Dies sind nur einige der Themen, die 2017 auf der Tagesordnung standen.

Online und offline kommunizieren

Um nachhaltige Entwicklung in den Alltag von Menschen zu tragen, ist die Verknüpfung von analoger und digitaler Welt essenziell. Auch wenn hierin zunächst ein Widerspruch liegt, wie Nadine Dembski von der Hochschule für nachhaltige Entwicklung anmerkte: „Digitale Kommunikation ist kurz, knackig und flüchtig. Nachhaltigkeitspolitik ist das Gegenteil: komplex und langfristig.“ Das Projekt #17Ziele von Engagement Global versucht, die SDGs mit einer visuellen und emotionalen Ansprache bekannter zu machen. Sie bildet einen Gegenentwurf für die in der Nachhaltigkeitspolitik häufig zu findende rationale und informierende Rhetorik. Das Projekt versucht deshalb den Blick von verschiedenen Gruppen aufzunehmen, die sich sonst nicht mit nachhaltiger Entwicklung befassen. Dazu gehören z.B. die Pfadfinder, der Deutsche Alpenverein oder Hochschulen im kreativen Bereich. Zu finden ist das Projekt etwa auf Musikfestivals; dort bieten die Initiatoren interaktive Spiele an. Darüber kommt man leicht ins Gespräch. „Es gibt ein unglaubliches Interesse an den SDGs. Junge Menschen erkennen sofort den internationalen Bezug und die Verbindung zu ihrem eigenen Leben“, berichtete Severin Caspari.

Komplexität reduzieren

Auch für Christoph Zinsius, Leiter der Internetredaktion des Umweltbundesamtes, ist es selbstverständlich, für die sozialen Medien Inhalte zu verkürzen und Komplexität abzubauen. Denn auch wissenschaftliche Studien seien eben nur für eine bestimmte Zielgruppe attraktiv und nur schwer zu kommunizieren. „Für die anderen müssen wir einen Transfer erbringen, z.B. durch Infografiken“, beschrieb Zinsius seinen Job.

Zum Abschluss des Länderworkshops 2017 waren sich die Teilnehmenden einig: Landesparlamente und -ministerien müssen Nachhaltigkeit noch mehr als bisher als Querschnittsaufgabe sehen. Die Bedeutung von Nachhaltigkeit muss in Kommunen, Hochschulen, Nichtregierungsorganisationen, Wohlfahrts- und Sozialverbänden, aber auch auf Musikfestivals und im Internet diskutiert und mit Leben gefüllt werden. Gleichzeitig gibt es in der Gesellschaft bereits eine Vielzahl innovativer Ideen und Lösungsansätze. Ob und wie es gelingt, diese Ansätze miteinander zu verbinden, bleibt abzuwarten.

Zukunftschancen für Afrikas Jugend. Die SDGs inklusiv umsetzen

Die Agenda 2030 hat nicht nur zum Ziel, eine „Transformation unserer Welt“ zu erreichen. Sie steht auch unter der Prämisse „Niemanden zurücklassen“. Dies



Potsdamer Frühjahrsgespräche 2017

ist nicht zuletzt ein Versprechen an junge Menschen: Die SDGs wollen inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten, eine Gleichstellung der Geschlechter erreichen, menschenwürdige Arbeit für alle bereitstellen, Ungleichheiten verringern und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern. In allen Weltregionen gilt es, diese Ziele für und mit jungen Menschen gemeinsam umzusetzen. Nirgendwo sind jedoch die Herausforderungen, aber auch die Chancen sich verjüngender Gesellschaften so groß wie in Afrika.

Denn Afrika ist der jüngste Kontinent: 62% der dort lebenden Menschen sind jünger als 25 Jahre. Im Jahr 2100 wird mehr als ein Drittel aller Jugendlichen weltweit in Subsahara-Afrika leben. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben afrikanischer Politik, jungen Menschen Perspektiven zu ermöglichen. Welche Herausforderungen am drängendsten sind, welche Politikfelder ineinandergreifen müssen und vor allem, was afrikanische Jugendliche selbst fordern, stand im Zentrum der Potsdamer Frühjahrsgespräche 2017.

Frappierende Ungleichheit ist die größte Herausforderung, die vielen jungen Menschen in Afrika bessere Zukunftschancen verwehrt. Charles Vincent Dan, Sonderbeauftragter für Jugend und soziale Inklusion bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), stellte vier grundlegende Probleme heraus: ein Mangel an angemessenen Arbeitsmöglichkeiten, ein fehlender Zugang zu Bildung, eine unzureichende Geschlechtergleichheit und ein Mangel an sozialer Sicherung. Junge Menschen aus armen Familien bleiben häufig in einem Armutskreislauf gefangen. „Es ist ein Skandal unserer Gesellschaften, dass wir weiterhin so viele Menschen davon ausschließen,

ein gutes Leben zu führen“, schlussfolgerte Hans-Joachim Schild vom Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (INBAS). Ungleichheiten anzugehen sei keine Ressourcenfrage, sondern eine Frage der Prioritätensetzung. Die SDGs adressieren all diese Schwierigkeiten. Doch inwiefern werden sie in die Tat umgesetzt?

2017: Jahr der Jugend in Afrika

Dass die afrikanische Politik erste Prioritäten gesetzt hat, verdeutlichte S.E. Dr. Martial De-Paul Ikounga, Kommissar für Personalwesen, Wissenschaft und Technologie der Afrikanischen Union (AU), in seiner Eröffnungsrede. Die AU hat sich 2017 dem Slogan „Harnessing the Demographic Dividend through Investments in Youth“ verpflichtet. Für Ikounga ist klar – Afrika muss sich das Bevölkerungswachstum zu Nutze machen: „Sonst werden wir in Zukunft Verantwortung für Konflikte tragen, die aus brachliegenden Potenzialen entstehen.“ Eine solide Bildung und die Vermittlung von Kompetenzen seien essenziell, um Jugendliche zu stärken. Auch das Herausbilden eines Unternehmergeistes sei wichtig – nicht nur für junge Menschen, sondern für die wirtschaftliche Entwicklung des gesamten Kontinents.

Kompetenzen sind wichtiger als Zeugnisse

Dem konnte Misan Rewane, Gründerin und Geschäftsführerin von West Africa Vocational Education (WAVE) in Lagos nur zustimmen: „Kompetenzen sind wichtiger als Zeugnisse“, lautet ihr Credo. In vielen Ländern Afrikas – und auch Europas – sei das Bildungssystem nicht auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes ausgerichtet. „Es gibt keinen richtigen Dialog zwischen beiden Seiten“, bemängelte Rewane.

„Die Fähigkeiten, die Schulen unterrichten, unterscheiden sich von denen, die auf dem Arbeitsmarkt verlangt werden. Dabei geht es auch um Soft Skills: junge Menschen müssen kritisch denken, Dinge lernen und im Laufe ihres Lebens überdenken. Viele junge Menschen sind voller Ideen und Energie, um diese umzusetzen. Oft fehlen ihnen aber die Fertigkeiten, ihr eigenes Unternehmen zu starten. Diese Skills bringen wir ihnen bei WAVE (West Africa Vocational Education) bei.“



Misan Rewane, Geschäftsführerin/ Gründerin, West Africa Vocational Education (WAVE), Lagos

Lesen Sie das vollständige Interview in der sef: insight 1|2017 mit dem Titel **“Skills are critical for the job market” – Interview with Misan Rewane**. Das Interview ist auch als Video verfügbar.

So finden in vielen Ländern einerseits Firmen und Institutionen keine geeigneten Arbeitskräfte. Auf der anderen Seite gibt es Tausende junger Menschen, die Arbeit suchen.

Auch der Anfang 2017 vorgelegte Marshallplan mit Afrika des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) möchte die afrikanische Agenda für Jugendbeschäftigung unterstützen. 5 Millionen Arbeitsplätze sollen allein durch die Skills Initiative der AU geschaffen werden, die das BMZ unterstützt.

Per Börjegen, der von Seiten der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH an der Skills Initiative mitwirkt, sieht die größte Herausforderung darin, den Erwerb von berufsrelevanten Kompetenzen im großen Stil zu ermöglichen. Einzelne Berufskollegs und Ausbildungssysteme seien ein guter Anfang. Letztlich müssen aber auch die Arbeitgeber aktiv werden. Eine Lösungsmöglichkeit könnte es sein, Arbeitgeber mehr in den Unterricht einzubinden, um Kompetenzen zu



S.E. Dr. Martial De-Paul Ikounga

vermitteln, die sie selbst verlangen und benötigen. „Viele junge Menschen wissen gar nicht, welche Kompetenzen sie haben und welche sie für einen Job brauchen“, bemängelte Rewane.

Unternehmensgründungen fördern

Ein anderer Weg für junge Menschen, den Weg in den Arbeitsmarkt zu beschreiten, ist die Gründung eines eigenen Unternehmens. Rewane verdeutlichte, was häufig dahinter steht: In Nigeria etwa entstünden 75% der Unternehmensgründungen aus einem Mangel an Vertrauen in die Arbeitgeber und die soziale Sicherung. „Wer sein eigenes Geschäft führt, hat mehr Kontrolle“, so Rewane. Welche Unterstützung kann der Staat jungen Unternehmerinnen und

Unternehmern anbieten? Anna Dominick Lyimo vom National Economic Empowerment Council (NEEC) in Tansania merkte an, dass Gründungen ihrer Erfahrung nach häufig an der Finanzierung scheiterten. Andere relativierten, dass die Anschubfinanzierung von Unternehmensgründungen zwar wichtig, aber nicht entscheidend sei. Viel wichtiger sei auch für Gründerinnen und Gründer die Vermittlung von Kompetenzen. Lyimo kritisierte, dass das Bildungssystem in Tansania – wie in vielen anderen Ländern – auf zukünftige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgelegt sei. Arbeitgeber zu werden, das spiele in Schule und Ausbildung kaum eine Rolle. Der NEEC setzt sich deshalb dafür ein, dass in allen Jahrgängen grundlegende betriebswirtschaftliche Kenntnisse und das Entwickeln von Businessplänen vermittelt werden.

Wer zahlt?

Durch die Veranstaltung zog sich die Frage, wer für die Finanzierung von Bildungsmaßnahmen sowie Aus- und Weiterbildungsprogrammen aufkommt. Börjegen sieht alle in der Pflicht, die profitieren: Die Regierung erhält eine besser ausgebildete Bevölkerung, Unternehmen bekommen produktivere Arbeitskräfte und die Lernenden haben bessere Zukunftsperspektiven. Rewane berichtete, dass WAVE häufig dafür kritisiert werde, beide Seiten zur Kasse zu bitten: den Arbeitgeber und die Auszubildenden. „Arme Leute sind auch bereit, für Dienstleistungen zu zahlen“, mahnte sie. Im Gegenteil, oft fühlten sich arme Menschen nicht wertgeschätzt, wenn sie das Gefühl haben, Geschenke zu bekommen. WAVE stelle allerdings erst eine Rechnung, wenn Absolventinnen und Absolventen einen Job gefunden haben – proportional zu ihrem Einkommen. Auch geberfinanzierte Projekte wurden kritisiert. Denn diese könnten nicht nachhaltig sein, so die Kritik mehrerer Teilnehmenden.

Junge Menschen möchten sich einmischen

Doch nicht nur Beschäftigungs- und Gründerförderung und Skills Development sind wichtig. Um die Zukunftschancen junger Menschen zu verbessern, müssen diese die Gelegenheit haben, selbst Veränderungen zu gestalten. „Junge Menschen sind politisch“, widersprach Ilwad Elman, Programmdirektorin des Elman Peace and Human Rights Centre in Mogadischu einem häufig anzutreffenden Vorurteil.

Doch wie kann Partizipation junger Menschen gelingen? Wie können sie selbst Veränderungen anstoßen und mitgestalten? „Die Politik muss jungen Menschen zuhören, und zwar nicht in Konsultationen und Befragungen“, so Schild. In vielen afrikanischen Kulturen sei es bis heute ein Zeichen mangelnden Respekts, wenn junge Menschen älteren widersprechen. Das mache es schwierig für junge Menschen, öffentlichen Raum für ihre Forderungen zu beanspruchen, so Elman.

Gewaltprävention: Positive Alternativen aufzeigen

Elman veranschaulichte auch, welche wichtige Rolle Jugendlichen in der Prävention von Radikalisierung und gleichzeitig in der Konfliktbeilegung und Entwicklung einer ganzen Region zukommt. Ihre Organisation arbeitet vor allem mit ehemaligen Kombattanten zusammen. Sie berichten jungen Menschen aus erster Hand, dass es andere Optionen gibt als den gewaltsamen Kampf. Positive Alternativen



Potsdamer Frühjahrsgespräche 2017

zu verdeutlichen ist für Elman eine der wichtigsten Strategien gegen eine zunehmende Radikalisierung. „Lasst junge Menschen andere Sichtweisen aufzeigen, lasst sie ihre Geschichte erzählen“, ermunterte sie die Teilnehmenden.

Gleichzeitig räumte sie mit klassischen Erklärungsmustern auf. Die Entscheidung vieler junger Menschen, sich Gruppierungen wie Boko Haram oder al-Shabaab anzuschließen, basiere auf Perspektivlo-

„Die ältere Generation in Afrika denkt, dass sie ein natürliches Recht zu regieren hat, weil sie für die Freiheit ihres Landes gekämpft hat. Der etablierte politische Diskurs und die etablierten Institutionen bieten nicht ausreichend Möglichkeiten für junge Menschen, sich zu engagieren. Deshalb finden junge Menschen zunehmend kreative Möglichkeiten.“

Job Amupanda, Kommissar für Diaspora und Außenangelegenheiten der Afrikanischen Jugendkommission

Lesen Sie das vollständige Interview in der sef: insight 2|2017 mit dem Titel **“Young people can effect change – Interview with Job Amupanda”**. Das Interview ist auch als Video verfügbar.



Global Governance Spotlight 1|2017

Wirtschaftliche Besitzverhältnisse transparent machen. Wie die G20 afrikanische Länder unterstützen kann

Mzukisi Qobo



Auf der Prioritätenliste der deutschen G20-Präsidenschaft 2017 fanden sich auch die Bekämpfung illegaler Finanzströme und die Förderung von Transparenz in der globalen Finanzarchitektur. Zugleich strebt die G20 eine Vertiefung der Partnerschaft mit Afrika an. Diese kann aber nur dann Entwicklung fördern, wenn auch Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Korruption bekämpft werden. Wie die G20 dabei unterstützen kann, zeigt Dr. Mzukisi Qobo im Global Governance Spotlight 1|2017 am Beispiel der Transparenz bei wirtschaftlichem Eigentum auf.

sigkeit – und erfolge nicht zwangsläufig aus religiösen Gründen. Viele junge Afrikaner seien frustriert, weil ihre Bedürfnisse von der Politik nicht wahrgenommen würden. Extremistische Gruppen würden ihnen die Möglichkeit bieten, direkten Einfluss zu nehmen. Bei politischen Institutionen Gehör zu finden, sei häufig sehr viel schwieriger.

Job Amupanda, Kommissar für Diaspora und Außenangelegenheiten der Afrikanischen Jugendkommission, zeigte sich überzeugt, dass junge Menschen immer Wege finden würden, sich Gehör zu verschaffen. Das müsse nicht Partizipation im klassischen Sinne – durch Wahlen, Regierungsbeteiligung etc. – sein. Der Arabische Frühling und der Sturz von Diktatoren wären beispielsweise nicht möglich geworden, wenn junge Menschen nicht auf die Straße gegangen wären.

Dass junge Menschen in Afrika motiviert sind, sich zu engagieren und sich für die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele einzusetzen – das war eine der zentralen Botschaften der Potsdamer Frühjahrsgespräche 2017.

Programmbereich III: Internationale Verantwortung in Krisen und Konflikten

Ausgrenzungen. Potenzial für gewaltsame Konflikte

Die Weltgemeinschaft ist konfrontiert mit einer Vielzahl internationaler Krisen und Konflikte – viele davon dauern bereits seit Jahren oder teilweise Jahrzehnten an. Dabei hat sich die internationale Gemeinschaft nicht nur mit der Agenda 2030 das Ziel gesetzt, friedliche, gerechte und inklusive Gesellschaften zu fördern. Auch der seit Anfang 2017 amtierende Generalsekretär der Vereinten Nationen (UN), António Guterres, hat die Schaffung und Erhaltung eines dauerhaften Friedens als oberste Priorität für seine Amtszeit benannt.

Das Leitmotiv der Agenda 2030 lautet: „Niemanden zurücklassen“. Doch gerade in fragilen Kontexten sind es oftmals benachteiligte Bevölkerungsgruppen, die schwer erreichbar sind. Laut der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Ausgrenzung ethnischer Gruppen birgt Gewaltpotenzial

In seinem Eröffnungsvortrag skizzierte Professor Lars-Erik Cederman, Professor für Internationale Konfliktforschung am Zentrum für vergleichende und internationale Studien (CIS) der ETH Zürich, dass sich Missstände und individuelle Unzufriedenheit letztlich „in jedem Busch“ finden ließen und diese nicht zwingend Auslöser von innerstaatlicher Gewalt seien. Mit seiner Forschungsgruppe konnte Professor Cederman jedoch einen wichtigen Zusammenhang aufzeigen: Ethnische Gruppen, die keinen oder nur mangelnden Zugang zu politischen Entscheidungen haben, rebellieren mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit gegen die führende Elite. Nicht zu unterschätzen sei dabei auch das „Gefühl, politisch ausgegrenzt zu sein“, das in einigen Fällen stärker sein könne als die tatsächliche Ausgrenzung.

Professor Cederman zeigte auf, wie unterschiedlich Länder mit ethnischer Diversität politisch umgehen: durch Vorherrschaft und Dominanz über die anderen Ethnien (z.B. in Syrien), durch die Aufspaltung eines Landes (z.B. Sudan und Südsudan) oder durch die Beteiligung an politischen Prozessen. Die ersten beiden Beispiele zeigen sind langfristig meist keine friedvollen Wege. Auch wenn die Beteiligung ausgegrenzter Gruppen Konflikte am ehesten vermeiden kann, liegen Anspruch und Wirklichkeit inklusiver Prozesse oftmals noch weit auseinander.



Berliner Sommerdialog 2017

(OECD) haben zwei Drittel der als fragil identifizierten Staaten die Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) verfehlt.

Zunehmend wird deutlich, dass gerade Ungleichheiten und Ausgrenzungen eine bedeutende Rolle in der Entstehung und Fortführung innerstaatlicher Konflikte spielen. Deshalb ging der Berliner Sommerdialog 2017 der Frage nach, wie verschiedene Formen von Ausgrenzungen in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht Konflikte auslösen oder verschärfen. Zugleich wurde auch die Frage diskutiert, welchen Beitrag internationale Akteure leisten können, um friedensgefährdenden Ungleichheiten entgegenzuwirken.

„Es ist besonders wichtig Menschen in soziale Prozesse einzubinden, und Werte und einen Umgang miteinander zu entwickeln, die für eine gesunde Gesellschaft und Gemeinschaft von Bedeutung sind. Das heißt auch, dass man Vertrauen und sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft aufbauen muss.[...]Ein offener Dialog kann Vertrauen und Legitimität fördern, und ist gleichzeitig der wichtigste Faden im sozialen Gefüge einer Gesellschaft.“



Dr. Bernardo Arévalo de León, Senior Peacebuilding Advisor bei Interpeace, Guatemala City

Lesen Sie das vollständige Interview in der sef: insight 3|2017 mit dem Titel „Weaving back trust into the social fabric“.

Lokale Friedensarbeit stärker in den Blick nehmen

Mit Blick auf eine inklusive Friedensschaffung plädierte Dr. Sabine Kurtenbach, Senior Research Fellow am GIGA German Institute of Global and Area Studies in Hamburg, dafür, lokale Friedensinitiativen stärker in den Blick zu nehmen. Dies sei vor allem dann wichtig, wenn die Prozesse auf nationaler Ebene scheiterten oder ins Stocken gerieten. Auf der untersten Ebene loteten lokale Friedenskomitees ganz praktische Lösungen aus, um mit allen gesellschaftlichen Gruppen in Frieden zu leben.

Die Notwendigkeit, stärker auf lokale Mechanismen zur Konfliktbehandlung zu achten und auf diesen Erfahrungen aufzubauen, unterstrich auch die Bundestagsabgeordnete Dr. Ute Finckh-Krämer, Mitglied des Unterausschusses Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln. Sie wies allerdings auch darauf hin, dass es nicht immer einfach sei, die richtigen Akteure zu erkennen. Oftmals sei es notwendig, mit den sogenannten „bad guys“ zu verhandeln, um einem Friedensschluss näher zu kommen.

Junge Menschen am Arbeitsleben beteiligen

Neben den politischen befördern auch wirtschaftliche Faktoren Ausgrenzungen. Oftmals fehlt es an notwendigen Strukturen, um Menschen, insbesondere jungen Menschen, wirtschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. So führt zum Beispiel ein starkes Stadt-Land-Gefälle, unter anderem durch geringere Bildungs- und Aufstiegschancen, zur wirtschaftlichen Ausgrenzung der ländlichen Bevölkerung. Jonathan Cohen, Geschäftsführer der Organisation Conciliation Resources aus London, wies darauf hin, dass ra-

Sie bieten jungen Menschen Geld und Anerkennung für ihre Mitarbeit in der jeweiligen Organisation; die fortschreitende Radikalisierung unter Jugendlichen schürt weitere Konflikte. Es brauche positive wirtschaftliche Anreize von außen, um dieses System und die Spirale der Gewalt wieder zu verlassen.



Jonathan Cohen

Hier setzt unter anderem die niederländische Organisation SPARK an. Michel Richter, Co-Direktor der NGO, erläuterte die Arbeit in fragilen Kontexten. Jugendliche sollen zunächst Zugang zu Bildung erhalten. Darüber hinaus werden Strukturen aufgebaut, die den Jugendlichen als Jungunternehmer den Schritt in die Selbständigkeit ermöglichen. Der Fokus liegt dabei vor allem auf Projektideen, die dauerhaft und nachhaltig Einkommen generieren und aufgrund der Nachfrage am Markt bestehen können.

Gesellschaftliche Folgen von Gewaltkonflikten nicht vernachlässigen

Politische und wirtschaftliche Lösungen allein reichen nicht aus, um die gesellschaftlichen Folgen von gewaltsamen Konflikten zu überwinden. Langfristig können Friedensschlüsse nur dann erfolgreich sein, wenn das gegenseitige Vertrauen in der Bevölkerung wieder hergestellt wird. Dies ist ein längerer Prozess. Dauerhaften Frieden zu schaffen bedeutet nicht nur, Elemente eines Friedensabkommens umzusetzen, sondern auch die Gesellschaft insgesamt neu aufzustellen.

Herausfordernd ist die Balance zwischen der Vergangenheitsbewältigung und der Frage, wie man nach einem Konflikt zukunftsorientiert miteinander leben kann. Wie schwierig eine „echte“ Aufarbeitung der Vergangenheit ist, beschrieb Marcos Smith, der für den Zivilen Friedensdienst in Kambodscha tätig ist. Der Vertrauensbruch durch die Khmer Rouge



Berliner Sommerdialog 2017

dikale Gruppen im Nahen und Mittleren Osten sowie in vielen afrikanischen Ländern diese wirtschaftliche Ausgrenzung zunehmend für ihre Zwecke nutzen.

Global Governance Spotlight 3|2017

Der Globale Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration. Offene Fragen und Perspektiven

Steffen Angenendt

Bis September 2018 wollen die Staats- und Regierungschefs im Rahmen der Vereinten Nationen einen Pakt zu sicherer, geordneter und legaler Migration erarbeiten. Wie gestaltet sich der aktuelle Fahrplan der Verhandlungen? Welche zentralen Fragen müssen noch geklärt werden? Was sollten die Verhandler beachten? Dr. Steffen Angenendt analysiert den Prozess und die Perspektive des Abkommens.



belastet die Gesellschaft nach wie vor sehr stark, jeder Kambodschaner hat in dem System Familienangehörige verloren. In Umfragen betrachten sich 90 Prozent der Bevölkerung als Opfer der Khmer Rouge. Die Frage danach, wer Opfer und Täter war, stellt weiterhin ein großes Politikum dar. Eine echte „Vergangenheitsbewältigung“ findet kaum statt.

Jonathan Cohen warnte davor, eine tiefer gehende Aufarbeitung und Übernahme von Verantwortung zugunsten des Ansatzes von „social cohesion“ aufs Spiel zu setzen. Vertrauen müsse langfristig neu verdient werden. Seiner Meinung nach würden mit der Idee, Menschen z.B. über Sport- und kulturelle Angebote zusammenzubringen, die Kernfragen des Konfliktes und dessen Aufarbeitung in den Hintergrund gerückt. Dies könnte die Haltung der politisch Verantwortlichen, sich diesen Fragen nicht stellen zu wollen, weiter befördern.

„Wenn man in ein System eingreift, sollte man nicht so tun, als würde man den Kontext besser verstehen als die Menschen, die dort leben. Am Ende des Tages lautet die Regel: Wenn ich in dein Haus komme, dann kennst du dein Haus besser als ich. Internationale Akteure sollten eine unterstützende Rolle spielen, aber nicht den Menschen vor Ort die Verantwortung für den Prozess abnehmen.“

Oury Traoré, Geschäftsführerin des Madiba Institutes in Dakar

Lesen Sie das vollständige Interview in der sef: insight 2|2017 mit dem Titel „**Exclusion is not an event but a process which builds up over time**“. Das Interview ist auch als Video verfügbar.



Verantwortung der internationalen Akteure

Die Rolle von internationalen Akteuren in Konfliktsituationen wurde durchaus ambivalent bewertet. Einerseits verwies Luxshi Vimalarajah darauf, dass externe Akteure eine neutrale Instanz sein können. Wenn das Misstrauen in der Gesellschaft und zwischen den Konfliktparteien zu groß ist, können Externe zwischen den Gruppen vermitteln und auch marginalisierte Akteure mit an den Tisch bringen. Internationales Engagement bietet auch die Möglichkeit, den Parteien, die an einem gesellschaftlichen Wandel interessiert sind, eine Stimme zu geben.



Ummu Salma Bava

Gleichzeitig müssen internationale Akteure sich darüber bewusst sein, dass sie auch zur Ungleichheit beitragen oder diese verschärfen können. Dr. Thomas Helfen, Referatsleiter „Frieden und Sicherheit; Katastrophenrisikomanagement“ im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) betonte, dass die offizielle Entwicklungszusammenarbeit immer wieder selbst hinterfragen müsse, inwiefern eigene Maßnahmen möglicherweise Konflikte im jeweiligen Land erzeugen und verschärfen könnten. Mit Blick auf die „Ungeduld“ internationaler Akteure in Friedensprozessen und die oftmals kurzen Projektzyklen warf Dr. Ute Finckh-Krämer MdB ein, dass wir den Blick in die eigene Geschichte nicht vergessen dürften. Auch Deutschland brauchte nach dem Zweiten Weltkrieg Zeit, bis es erneut eine funktionierende Bundesregierung gab. Gleichzeitig gab es aber vom ersten Tag an Kommunalpolitik und Bürgermeister, die sich um ein friedvolles Zusammenleben vor Ort einsetzten. Diese Erfahrung dürfe auch in den Ländern, in denen wir heute von außen eingreifen, nicht vergessen werden, so das Plädoyer von Finckh-Krämer.

Perspektivwechsel. Europäische Krisen aus Sicht des Globalen Südens

Nicht nur die weltweiten Krisen und Konflikte beschäftigten die sef: 2017. Im Mittelpunkt eines Brüsseler Symposiums standen die vielfältigen Krisen, mit denen sich die Europäische Union (EU) gegenwärtig konfrontiert sieht. Wie werden diese in anderen Weltregionen wahrgenommen und eingeschätzt? Beschäftigt sich die EU zu stark mit sich selbst und verliert dabei wichtige internationale Themen – wie



Brüsseler Symposium 2017

die Umsetzung der Agenda 2030 und das Pariser Abkommen oder die internationale Handelspolitik – aus dem Blick? Diese Fragen standen im Zentrum des Symposiums.

Die sef: hatte hierzu Expertinnen und Experten aus den Ländern des globalen Südens nach Brüssel eingeladen. Gemeinsam mit europäischen Kolleginnen und Kollegen diskutierten sie die Rolle Europas in der Welt und brachten ihre Sichtweise auf die Auswirkungen europäischer Krisen in die Debatte ein.

„Europa sollte sich selbst neu positionieren als globaler und regionaler Akteur und es gleichzeitig schaffen, die eigene Bevölkerung dabei ‚mitzunehmen‘. [...] Es geht nicht nur um die ‚Staaten von Europa‘, es geht auch um die Menschen Europas. Deshalb ist es wichtig, einen neuen Sozialvertrag zu entwerfen, der viel stärker ist als bisher, und mit dem Europa die Werte des Multilateralismus, der Rechtsstaatlichkeit und einer liberalen Weltordnung hervorhebt.“



Prof. Dr. Ummu Salma Bava, Professorin für Europa-Studien an der Fakultät für Internationale Studien, Jawaharlal Nehru Universität, Neu Delhi

Das vollständige Interview mit dem Titel „European crises seen from Asia“ ist als Video verfügbar.

Eine „europäische“ Migrationskrise?

Im Hinblick auf die sogenannte Migrationskrise habe Europa verkannt, dass es nicht alleine eine europäische Krise sei, sondern eine weltweite, kritisierte Ziad Abdel Samad, Geschäftsführer des arabischen NGO-Netzwerkes für Entwicklung in Beirut. Global betrachtet fliehen die meisten Menschen zunächst vor allem in benachbarte Länder. Der Libanon ist eines der Länder mit der höchsten Flüchtlingsrate im Vergleich zur eigenen Einwohnerzahl. Die Gemeinden und Flüchtlinge sind konfrontiert mit fehlender Infrastruktur und mangelnden beruflichen Chancen für die zusätzlichen Einwohner. Eine stärkere Kontrolle der EU-Außengrenzen würde den Druck auf die umliegenden Aufnahmeländer erhöhen.

Parallel dazu würde eine europäische Abschottungspolitik eine immer größer werdende Zahl an illegalen Migrantinnen und Migranten erzeugen. Der Politikwissenschaftler Ablam Benjamin Akoutou kritisierte, dass verschlossene Türen immer dazu motivieren würden, hinter eben diese Türen blicken zu wollen. Europa müsse an einer gemeinsamen Migrationspolitik arbeiten, die legale Migration ermöglicht.

Brexit – Chancen und Risiken für Länder des globalen Südens

Ein Ereignis aus dem Jahr 2016, das auch durch die Migrationsfrage beeinflusst wurde, war die Entscheidung Großbritanniens, aus der EU austreten zu wollen. Seither ist die Sorge größer geworden, die EU könnte sich in den kommenden Jahren nur noch mit sich selbst und der Klärung der europäisch-britischen Beziehungen beschäftigen. Einige Referenten versuchten jedoch auch die positiven Seiten des Brexit-Votums für den globalen Süden aufzuzeigen. David

„Durch die letzte Krise rund um Migrationsfragen hat die Europäische Union höhere Sicherheitsmaßnahmen eingeführt und die Mobilität eingeschränkt. Dies wurde in den südlich angrenzenden Ländern gewiss als eine besonders eurozentrische Maßnahme bewertet, denn sie ignoriert die Herausforderungen für die Länder des Südens. Die Europäische Union sollte die Ursachen der Krise angehen anstatt sich nur mit den Ergebnissen zu befassen.“



Ziad Abdel Samad, Geschäftsführer des Arabischen NGO Netzwerkes für Entwicklung (ANND), Beirut

Das komplette Interview mit dem Titel „European crises and their impact on the Sustainable Development Goals“ ist als Video abrufbar.

Luke, Koordinator des Zentrums für afrikanische Handelspolitik der UN-Wirtschaftskommission für Afrika (UNECA) in Addis Abeba, sah insbesondere die Möglichkeit einer neuen Handelspolitik mit Af-



Brüsseler Symposium 2017

rika. Die wirtschaftlichen Partnerschaftsabkommen (EPA) seien unpopulär in Afrika. Angesichts einer europäischen Neuordnung könnte sich die EU möglicherweise zu einer kohärenteren und entwicklungs-politisch orientierten Handelspolitik hin bewegen.

Seamus Jeffreson, Direktor des europäischen NGO-Netzwerkes CONCORD, unterstrich, dass nicht nur die EPAs, sondern auch die Handelspolitik mit Partnern wie den USA und Kanada unter Beobachtung stünden. Er mahnte an, dass Europa insgesamt seine Handelspolitik wieder stärker am Menschen und weniger am Profit ausrichten müsse. Im Hinblick auf die europäische Entwicklungszusammenarbeit sieht Jeffreson aber auch die Sorge, wie diese nach einem Brexit weiter finanziert werden wird. Sowohl in der praktischen Arbeit als auch in der Forschung gebe es zahlreiche Kooperationen zwischen britischen und anderen europäischen Partnern, deren Finanzierung nach einem Brexit noch unklar sei. Hier müsse eine weitere Kooperation gewährleistet werden. Auch für Patrick Gomes, Generalsekretär der AKP-Staaten, ist eine kohärente Politikentwicklung nicht nur im Bereich der Handelspolitik gefordert. Insgesamt müsse die EU ihre Politik auf die Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) ausrichten, auf die sich alle Staaten verständigt haben.

Stärkere Kohärenz gefordert

Einig waren sich die Teilnehmenden darin, dass Europa als internationaler Akteur weniger eurozentrisch denken sollte, sondern stärker berücksichtigen müsse, welchen Einfluss die eigenen Politikentscheidungen weltweit haben. Kritisiert wurde insbesondere die zu geringe Kohärenz zwischen verschiedenen Politikfeldern. Die unterschiedlichen Sektor-Po-

litiken seien zu oft nicht aufeinander abgestimmt oder gar widersprüchlich. Als Beispiel dafür nannte Dr. Evi Fitriani, Lehrbeauftragte an der Universität von Indonesien, die eigene Wahrnehmung Europas als Exporteur für Frieden und Konfliktbearbeitung. Gleichzeitig erkaufe die EU eine hohe Zahl an Waffen, die am Ende in Ländern mit gewaltsamen Konflikten eingesetzt werden.

Die Teilnehmenden hoben besonders hervor, dass die EU ihre Politik besser abstimmen müsse, um international weiterhin als verlässlicher Partner akzeptiert zu werden. Europa sollte sich an seinen Werten und Zielen orientieren, um weiter international eine bedeutende Rolle zu spielen. Dazu zähle aber auch, die Auswirkungen der eigenen Politik auf andere Weltregionen zu analysieren und in der Politik zu berücksichtigen.

„Es wäre sehr symbolisch, wenn die EU die EPAs nun hinter sich lassen und ersetzen würden durch eine Politik, die eher eine Entwicklung der ärmeren Länder ermöglicht. [...] Industrialisierung muss Teil der Handelsagenda sein. Mit den EPAs wird es nicht möglich sein, mehr Waren in Afrika zu produzieren und dadurch neue Jobs zu schaffen. Deshalb wäre der wichtigste Schritt weg von den EPAs hin zu einer stärkeren Partnerschaft mit den AKP-Staaten. Dadurch könnte sich die EU wieder den Ruf als ernsthaften Gesprächspartner erarbeiten, der nicht nur die eigenen Interessen durchsetzen will.“



David Luke, Koordinator des Afrikanischen Zentrums für Handelspolitik (ATPC) der Wirtschaftskommission für Afrika der Vereinten Nationen (UNECA), Addis Abeba

Das vollständige Interview mit dem Titel „**The impact of Brexit on developing countries**“ ist als Video abrufbar.

• **sef: Finanzen**

Finanzbericht

Im Wirtschaftsjahr 2017 hat die sef: für ihre Projekte ca. 147.400 Euro aufgewendet, was einen Rückgang von ca. 11% gegenüber dem Vorjahr darstellt. Die Aufwendungen für den Bürobetrieb und die Gremien blieben mit ca. 48.900 Euro unverändert niedrig. Die Personalkosten sind hingegen moderat im Rahmen regulärer Gehaltserhöhungen um ca. 2,9% auf 305.700 Euro angestiegen.

Auf der Einnahmeseite hat sich der negative Trend bei den Ausschüttungen aufgrund der unverändert niedrigen Kapitalerträge weiter fortgesetzt und verstärkt. Die regulären Erträge aus den von der sef: gehaltenen nachhaltigen Fonds verringerten sich gegenüber 2016 um ca. 12% auf 176.100 Euro. Die Zuschüsse zu den Projekten der sef: sind mit 134.500 Euro ebenfalls niedriger als im Vorjahr ausgefallen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Zuschüsse des Vorjahres durch die Finanzierung einer einmalig erschienenen Studie ungewöhnlich hoch waren; ein tatsächlicher Rückgang entstand durch den Ausfall von Zuschüssen für die Potsdamer Frühjahrsgespräche.

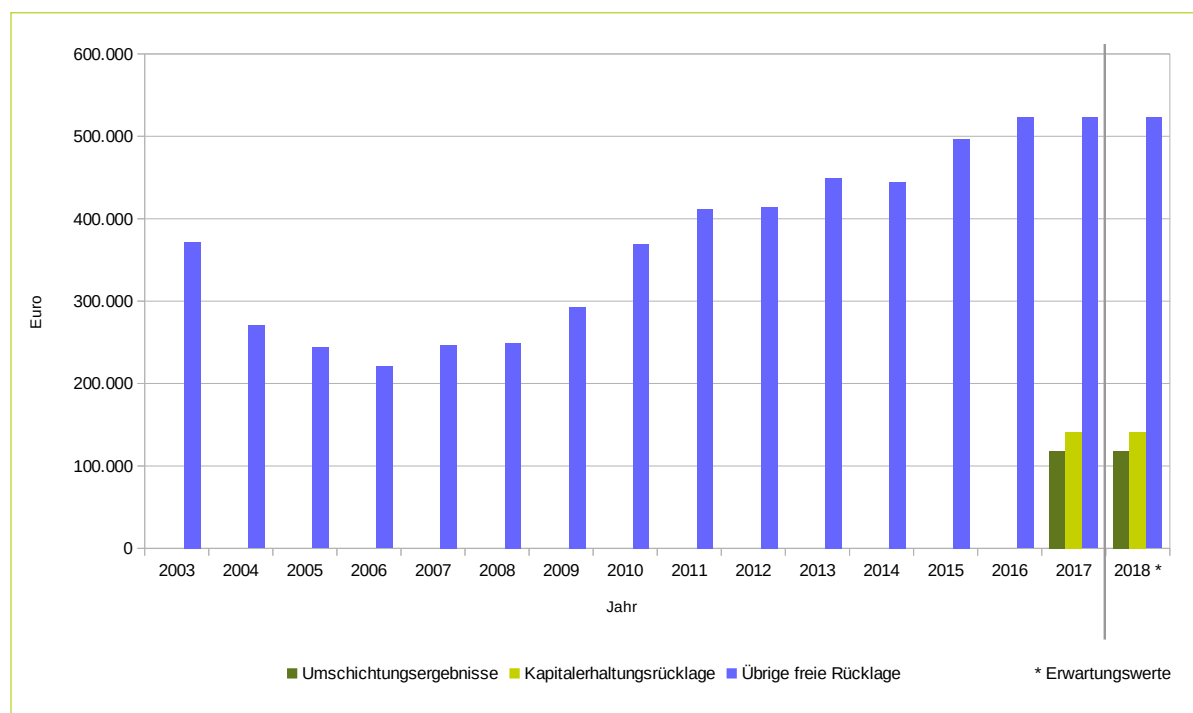
Zwei Besonderheiten prägten das Wirtschaftsjahr 2017: Zum einen hat die sef: 2017 Fondsanteile des Oddo WerteFonds zur weiteren Diversifizierung ihrer Anlagen umgeschichtet. Bei der Transaktion sind Veräußerungsgewinne in Höhe von 117.736,60 Euro erzielt worden. Zum anderen änderten sich die Besteuerungsgrundlagen von Wertpapieren infolge

des Inkrafttretens der europäischen Finanzmarkt-richtlinie MiFID II. Die Banken haben daher die im Folgejahr zu entrichtenden Ausschüttungen für das Jahr 2017 vorgezogen, sodass die sef: in 2017 eine zweifache Ausschüttung erhalten hat. Die zusätzlich vereinnahmten Erträge aus Wertpapieren betrugen 146.900 Euro.

Insgesamt erzielte die sef: durch diese Besonderheiten einen Jahresüberschuss in Höhe von 258.600 Euro. Als gemeinnützige Einrichtung ist die sef: gesetzlich verpflichtet, ihre Einnahmen zeitnah für die Erfüllung des Stiftungszwecks zu verwenden. Dabei ist ihr die Bildung von Rücklagen im Rahmen der Vorschriften des steuerlichen Gemeinnützigkeitsrechts gestattet. Sie sollen idealerweise – bei voller Erfüllung ihres Stiftungszwecks – dafür verwendet werden, den realen Wert ihres Stiftungsvermögens zu erhalten und regelmäßig einen (Teil-)Betrag zum Inflationsausgleich in die Rücklagen einzustellen.

Der Vorstand der sef: hat deshalb beschlossen, den 2017 erzielten Veräußerungsgewinn – vorbehaltlich der Zustimmung durch das Kuratorium – in den Posten „Umschichtungsergebnisse“ einzustellen. Ebenfalls neu eingerichtet wurde eine Kapitalerhaltungsrücklage als Unterkategorie der freien Rücklage. Die zweite Ausschüttung im Wirtschaftsjahr 2017 wurde weitgehend der neuen Kapitalerhaltungsrücklage zugeführt.

Entwicklung der Rücklagen seit 2003



Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2017

		31.12.2017		31.12.2016
	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Erträge				
1. Zuwendungen		285.734,33		314.689,25
Personalkostenzuschuss Land NRW	151.200,00		151.200,00	
Projektzuschüsse aufgewendet	134.534,33		163.489,25	
2. Erträge Finanzanlagen		323.035,87		200.155,00
3. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		27.737,65		19.108,76
Zinserträge Bankkonten und liquide Mittel (Festgeld)	0,04		5,43	
Bestandsvergütungen	27.737,61		19.103,33	
4. Erlöse (Verlagshonorare, Lizenzen, Buchverkauf)		29,31		69,69
5. Sonstige Erträge		125.567,72		4.428,71
Buchgewinne aus Abgang Finanzanlagen	117.736,60		0,00	
Erträge aus Auflösungen von Rückstellungen	3.711,21		422,73	
Versicherungsentschädigung	4.119,91		4.005,98	
Summe Erträge		762.104,88		538.451,41
II. Aufwendungen				
6. Publikations- und Veranstaltungsaufwand		-147.439,89		-165.875,16
a) Veröffentlichungen	-20.618,97		-27.882,91	
b) Veranstaltungen	-118.175,09		-115.891,77	
c) Öffentlichkeitsarbeit	-8.291,04		-21.262,17	
d) Sonstige Projektkosten	-354,79		-838,31	
7. Personalaufwand		-305.675,87		-296.661,12
a) Löhne und Gehälter	-242.698,25		-235.014,58	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen zur Altersversorgung und Unterstützung	-62.977,62		-61.646,54	
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-1.450,08		-1.416,12
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-48.917,25		-48.673,47
a) Miete inkl. NK, Reinigung, Reparaturen	-17.925,11		-17.730,69	
b) Versicherungen und Beiträge	-1.686,65		-1.450,61	
c) EDV (Beratung, Betreuung)	-2.948,01		-2.499,27	
d) Leasing, Miete und Wartung Geräte	-3.819,64		-3.668,42	
e) Telefon und Internet Standleitung	-991,27		-1.167,96	
f) Buchführung, StB, Abschluss- und Prüfungskosten	-7.409,78		-7.661,46	
g) Betriebskosten (Bürobedarf, Porto, Bank, RK GF, ...)	-8.069,44		-6.746,56	
h) Gremien	-6.065,35		-7.748,50	
i) Abgänge des Anlagevermögens (Buchverluste)	-2,00		0,00	
Summe Aufwendungen		-503.483,09		-512.625,87
10. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		258.621,79		25.825,54
11. Einstellung in den Posten Umschichtungsergebnisse		-117.736,60		0,00
12. Einstellung in die Rücklagen				
a) Kapitalerhaltungsrücklage		-140.885,19		0,00
b) Übrige freie Rücklage		0,00		-25.825,54
13. Bilanzgewinn		0,00		0,00

[illegible]

• **sef: Intern**

sef: Vorstand (Stand: 31. Dezember 2017)

Vorsitzende

Renate Maria Hendricks, ehemaliges Mitglied im Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Stellvertretende Vorsitzende

Prof. Dr. Helmut Breitmeier, Professor für Internationale Beziehungen am Institut für Politikwissenschaft an der Justus-Liebig-Universität Gießen

Dr. Gerd Harms, Staatssekretär a.D., Potsdam

Schatzmeister

Klaus Brückner, Ehemaliger Leiter der GIZ-Repräsentanz Berlin

Weitere Mitglieder

Prof. Dr. Tobias Debiel, Direktor des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF), Duisburg, Direktor am Käte Hamburger Kolleg „Politische Kulturen der Weltgesellschaft“, Duisburg

Prof. Dr. Doris Fuchs, Professorin für Internationale Beziehungen und Nachhaltige Entwicklung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

sef: Kuratorium (Stand: 31. Dezember 2017)

Vorsitzender des Kuratoriums

Armin Laschet, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

Stellvertretende Vorsitzende

Michael Müller, Regierender Bürgermeister von Berlin

Michael Kretschmer, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen

Dr. Dietmar Woidke, Ministerpräsident des Landes Brandenburg

Weitere Mitglieder

Wolfgang Blasig, Landrat des Landkreises Potsdam-Mittelmark

Ilka Freifrau von Boeselager, ehemaliges Mitglied im Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Marco Büchel MdL, Vorsitzender des Ausschusses für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz des Landtags Brandenburg, Potsdam

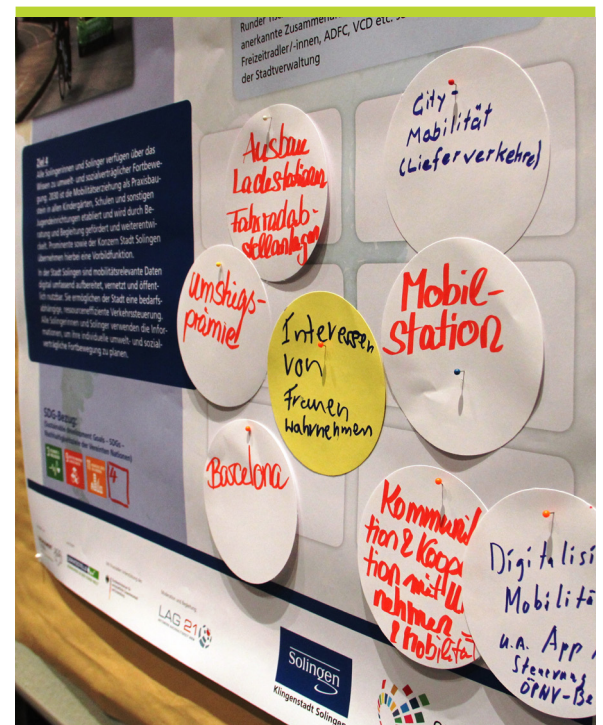
Bärbel Dieckmann, Präsidentin der Welthungerhilfe, Bonn/Berlin

Stefan Engstfeld, ehemaliges Mitglied im Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Sven Giegold MdEP, Finanz- und wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion die Grünen/Europäische Freie Allianz im Europäischen Parlament, Brüssel

Frank Herrmann, ehemaliges Mitglied im Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Prof. Dr. Uwe Holtz, Honorarprofessor für Politische Wissenschaft und Senior Fellow am Zentrum für Entwicklungsforschung der Universität Bonn



Bonn Symposium 2017

Ulrich Jost-Blome, Leiter der Fachstelle Weltkirche im Bischöflichen Generalvikariat Münster

Ulrich Kelber MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, Berlin

Dr. Friedrich Kitschelt, Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Berlin

Karin Kortmann, Leiterin der Berliner Repräsentanz der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)

Heinz-Joachim Lohmann, Studienleiter für Demokratische Kultur und Kirche im ländlichen Raum, Evangelische Akademie zu Berlin

Dr. Rolf Mützenich MdB, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender für die Bereiche Außenpolitik, Verteidigung und Menschenrechte, SPD-Bundestagsfraktion, Berlin

Uwe Prüfer, 2. Sprecher, Verbund Entwicklungs-politischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e.V. (VENROB), Potsdam

Anne Quart, Staatssekretärin für Europa und Verbraucherschutz im Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz, Potsdam

Prof. Dr. Jakob Rhyner, Direktor am Institut für Umwelt und menschliche Sicherheit, Universität der Vereinten Nationen (UNU-EHS), Bonn



Potsdamer Frühjahrsgespräche 2017

Christian Rickerts, Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe des Landes Berlin

Dr. Imme Scholz, Stellvertretende Direktorin des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn

Heike Spielmans, Geschäftsführerin des Verbandes Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe e.V. (VENRO), Berlin/Bonn

Octavian Ursu MdL, Mitglied im Europaausschuss des Sächsischen Landtags, Dresden

Mary Kay Wahlen, Geschäftsführerin EPIZ – Entwicklungspolitisches Bildungs- und Informationszentrum e.V., Berlin

Dr. jur. Ingo Wolf, ehemaliges Mitglied im Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Serdar Yüksel MdL, Vorsitzender des Petitionsausschusses des Landtags Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Monika Zimmermann, Stellvertretende Generalsekretärin von ICLEI – Local Governments for Sustainability, Bonn

sef: Beirat (Stand: 31. Dezember 2017)

Vorsitzender des Beirats

Prof. Dr. Lothar Brock, Seniorprofessor an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, Gastforscher an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt am Main

Weitere Mitglieder

Dr. Marianne Beisheim, Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe „Globale Fragen“, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

Prof. Dr. Tilman Brück, Gründer und Direktor des ISDC – International Security and Development Center, Berlin

Prof. Dr. Nicole Deitelhoff, Professorin für Internationale Beziehungen und Theorien globaler Ordnung, Goethe-Universität Frankfurt am Main, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt am Main

Dr. Maja Göpel, Generalsekretärin des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU), Berlin

Adolf Klope-Lesch, Assoziierter Wissenschaftler beim Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn

Prof. Dr. Elke Krahmann, Professorin für International Political Studies, Privatuniversität Witten/Herdecke

Prof. Dr. Raimund Krämer, Chefredakteur WeltTrends, Potsdam

Jens Martens, Geschäftsführender Vorstand, Global Policy Forum Europe (GPF), Bonn

Prof. Dr. Henning Melber, Präsident der European Association of Development Research and Training Institutes (EADI), Direktor Emeritus der Dag Hammarskjöld Stiftung, Uppsala

Prof. Dr. Joanna Pfaff-Czarnecka, Professorin für Sozialanthropologie und Direktorin am Zentrum für interdisziplinäre Forschung (ZiF) an der Universität Bielefeld

Cornelia Richter, Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Eschborn/Bonn

Prof. Dr. Siegmund Schmidt, Professor für Internationale Politik und Analyse und Vergleich politischer Systeme an der Universität Koblenz-Landau

Prof. Dr. Ulrich Schneckenner, Professor für Internationale Beziehungen & Friedens- und Konfliktforschung, Universität Osnabrück

Prof. Dr. Dr. h.c. Dieter Senghaas, Senior Fellow am Institut für Interkulturelle und Internationale Studien, Universität Bremen

sef: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

(Stand: 31. Dezember 2017)

Rebekka Hannes,
Wissenschaftliche Referentin/Medien

Heike König,
Assistentin der Geschäftsführung

Larissa Neubauer,
Wissenschaftliche Referentin

Dr. Michèle Roth,
Geschäftsführerin

Gerhard Süß-Jung,
Finanz- und Konferenzmanager

- Sustainable Development Solutions Network (SDSN) Germany, Bonn
- Zeitschrift WeltTrends, Potsdam

Die sef: dankt zudem den zahlreichen Förderern, die ausgewählte sef: Projekte durch finanzielle Mittel, durch ihre Räumlichkeiten und/oder durch die Ausrichtung eines Empfangs im Rahmen von sef: Veranstaltungen unterstützten:

- Bundesstadt Bonn
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Berlin/Bonn
- Deutsche Welle, Bonn
- sef: Stifterland Berlin
- sef: Stifterland Brandenburg
- sef: Stifterland Nordrhein-Westfalen
- sef: Stifterland Sachsen
- Stiftung Internationale Begegnung der Sparkasse in Bonn

Kooperationspartner und Förderer 2017

Im Jahr 2017 kooperierte die sef: erneut mit einer Vielzahl von Projektpartnern. Diese trugen sowohl durch inhaltlichen Rat und die Identifizierung und Vermittlung von Expertinnen und Experten als auch finanziell wesentlich zum Gelingen vieler sef: Vorhaben bei.

Die sef: war 2017 Mitglied in folgenden Foren

- Initiative Transparente Zivilgesellschaft
- Plattform Zivile Konfliktbearbeitung
- VENRO - Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe



Bonn Symposium 2017

Wir danken

- CIDSE - International Alliance of Catholic Development Agencies, Brüssel
- Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, Bonn/Eschborn
- ICLEI – Local Governments for Sustainability, Bonn
- Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), Universität Duisburg-Essen
- Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW), ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH, Bonn

Veranstaltungen, Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit 2017

Veranstaltungen 2017

sef: Brussels Symposium

A different angle. “Global South” perspectives on the European crises

gefördert durch das Stifterland NRW

Programmbereich C: Internationale Verantwortung in Krisen und Konflikten

Brüssel, NRW-Landesvertretung, 7. März 2017

Mitwirkung an der Klausurtagung des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg

Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und ihre Bedeutung für die kommunale Ebene. Flucht und Migration als Beispiel

Programmbereich B: Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung – Regionale und lokale Umsetzung

Wandlitz, 9. März 2017 (1-stündiger Input mit Diskussion)

Potsdamer Frühjahrsgespräche 2017

Zukunftschancen für Afrikas Jugend. Regionale und internationale Strategien

in Kooperation mit GIZ/BMZ und der Zeitschrift WeltTrends

gefördert durch das Stifterland Brandenburg

Programmbereich B: Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung – Regionale und lokale Umsetzung

Programmbereich C: Internationale Verantwortung in Krisen und Konflikten

Potsdam, Hotel Voltaire, 6./7. April 2017

Mitwirkung am Deutsche Welle Global Media Forum

Breaking up filter bubbles. How to retain diversity?

Programmbereich A: Normative Herausforderungen für Global Governance

Veranstalter: Deutsche Welle

Bonn, WCCB, 19. Juni 2017 (1 1/2-stündiger Workshop)

Berliner Sommerdialog 2017

Ausgrenzungen als Ursache von Gewalt. Ansätze für die internationale Zusammenarbeit

gefördert durch das BMZ und das Stifterland Berlin

Programmbereich C: Internationale Verantwortung in Krisen und Konflikten

Berlin, Berliner Rathaus, 28./29. Juni 2017 (eintägige Fachkonferenz mit Vorabend-Veranstaltung)

International sef: Expert Workshop 2017

Human Rights and the Global Economy. Interdependence in the context of unequal power relations

gefördert durch das Land NRW

Programmbereich A: Normative Herausforderungen für Global Governance

Bonn, Gustav-Stresemann-Institut, 7./8. September 2017

sef: Länderworkshop „Nachhaltige Entwicklung“ 2017

Nachhaltigkeitsstrategien der Bundesländer. Kohärent handeln nach innen und außen

gefördert durch das Land Brandenburg

Programmbereich B: Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung – Regionale und lokale Umsetzung

Eberswalde, Hochschule für nachhaltige Entwicklung, 13./14. September 2017

sef: Policy Lunch

Is the window of opportunity still open? State of the negotiations on a UN Treaty on Business and Human Rights

in Kooperation mit CIDSE

gefördert durch das Stifterland NRW

Programmbereich A: Normative Herausforderungen für Global Governance

Brüssel, NRW-Landesvertretung, 20. November 2017

Bonn Symposium 2017

Lokale Partnerschaften. Die Agenda 2030 weltweit gemeinsam umsetzen

in Kooperation mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Engagement Global, sowie gefördert durch das Stifterland NRW und die Stiftung Internationale Begegnung der Sparkasse in Bonn
 Programmbereich B: Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung – Regionale und lokale Umsetzung
 Bonn, Deutsche Welle, 5./6. Dezember 2017

Parlamentarisches Frühstück

„Der Blick in die Welt“ – Was macht eigentlich die Stiftung Entwicklung und Frieden?

Programmbereich B: Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung – Regionale und lokale Umsetzung
 Düsseldorf, Landtag, 20. Dezember 2017

Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit 2017

Global Governance Spotlight (deutsch/englisch)

Global Governance Spotlight 1|2017, März

Wirtschaftliche Besitzverhältnisse transparent machen.

Wie die G20 afrikanische Länder unterstützen kann

Mzukisi Qobo

Global Governance Spotlight 2|2017, April

Städte und Indikatoren. Die Lokalisierung der SDGs

Jaqueline M. Kopp

Global Governance Spotlight 3|2017, November

Der Globale Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration.

Offene Fragen und Perspektiven

Steffen Angenendt

sef: insight (englisch)

sef: insight 1|2017, Juni

(zu den Potsdamer Frühjahrsgesprächen 2017)

“Skills are critical for the job market“

Interview with Misan Rewane

sef: insight 2|2017, Juni

(zu den Potsdamer Frühjahrsgesprächen 2017)

“Young people can effect change“

Interview with Job Shipululo Amupanda

sef: insight 3|2017, Juli

(zum Berliner Sommerdialog 2017)

„Weaving back trust into the social fabric“

Interview mit Bernardo Arévalo de León

sef: insight 4|2017, August

(zum Berliner Sommerdialog 2017)

“Exclusion is not an event but a process which builds up over time“

Interview mit Oury Traoré

sef: insight 5|2017, September

(zum sef: International Expert Workshop 2017)

“Women are losing out“

Interview with Ranja Sengupta on the effects of trade and investment liberalization

sef: insight 6|2017, September
(zum sef: International Expert Workshop 2017)

„More advocacy work needed“

Interview with Cephas Lumina on the Guiding Principles on Foreign Debt and Human Rights

sef: insight 7|2017, Dezember
(zum Bonn Symposium 2017)

„Local partnerships are key“

Interview mit Mariam Yunusa über die lokale Umsetzung der SDGs

sef: insight 8|2017, Dezember
(zum Bonn Symposium 2017)

„Energy is fundamentally political“

Interview mit Tasneem Essop zu dezentralen erneuerbaren Energien

sef: insight 9|2017, Dezember
(zum Bonn Symposium 2017)

„We need to make the SDGs more accessible“

Interview mit Abdihakim Ainte zur SDG-Umsetzung in Somalia

Mit Ausnahme der sef: insight 3|2017 sind alle Ausgaben auch als Video-Interviews verfügbar.

Weitere Video-Interviews im Rahmen des Brussels Symposiums 2017

Interview mit Ummu Salma Bava

„The European crises seen from an Asian point of view“

Interview mit Ziad Abdel Samad

European crises and their impact on the Sustainable Development Goals

Interview mit David Luke

The impact of Brexit on developing countries

Weiteres Video-Interview im Rahmen der Potsdamer Frühjahrsgespräche 2017

Interview mit S.E. Dr. Martial de Paul Ikounga

„Il faut investir dans la jeunesse“

SEF/INEF Newsletter

sef:/INEF News, Februar

Der Blick über den Tellerrand – die europäischen Krisen von außen betrachtet

ab März haben die News kein Schwerpunktthema mehr

sef:/INEF News, März

sef:/INEF News, Mai

sef:/INEF News, Juni

sef:/INEF News, September

sef:/INEF News, Oktober

sef:/INEF News, Dezember

Jahresbericht

Jahresbericht

Perspektiven auf Global Governance. Die sef: 2016

Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:)

Development and Peace Foundation

Dechenstr. 2 | D-53115 Bonn

Tel +49 (0) 228 95925-10 | Fax +49 (0) 228 95925-99

sef@sef-bonn.org |  @sefbonn

www.sef-bonn.org